

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 19.07.–25.07.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	13
Meinung.....	28

News

Auschwitz-Museum reagiert auf ukrainischen Soldaten in Nazi-T-Shirt

<https://dert.site/europa/212886-auschwitz-museum-reagiert-auf-ukrainischen/>

19.07.2024

Ein Mann posiert in einem T-Shirt mit Nazi-Parole im ehemaligen polnischen Konzentrationslager Auschwitz und stellt Fotos davon ins Netz. Nun reagiert das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau und will den Soldaten des ukrainischen Asow-Regiments anzeigen.

Nikita Mirotschenko, ein Mitglied der ukrainischen 3. Sturmbrigade, hat in den sozialen Medien Aufnahmen geteilt, die ihn bei einem Besuch des Vernichtungslagers Auschwitz in Polen zeigen. Eines der Bilder zeigt die Tore von Auschwitz mit dem berühmten Nazi-Slogan "Arbeit macht frei", während im Hintergrund deutsche Marschmusik zu hören ist. Auf einem anderen Bild trägt er ein T-Shirt der in Russland gegründeten Band M818th mit dem Nazi-Slogan "Where we are, there is no place for anyone else" ("Wo wir sind, ist kein Platz für andere"). Einige Historiker schreiben dieses Zitat Adolf Hitler zu.

Außerdem teilte Mirotschenko ein Foto seiner Freundin vor dem Hintergrund des Museums, auf dem das Lied "Baby's on Fire" zu hören ist. Der Vorfall soll sich im Juni ereignet haben. Auf Instagram ist das Profil des Soldaten inzwischen auf privat gestellt.

Das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau will den Ukrainer nun anzeigen und die ukrainische

Botschaft in Polen informieren, dass er die Opfer des Vernichtungslagers verhöhnt hat, sagte Bartosz Bartyzel, ein Sprecher des Museums, am Donnerstag gegenüber *RT*.

"Die Verbreitung von Inhalten und Symbolen, die mit der Nazi-Ideologie verbunden sind, an diesem einzigartigen Ort, verletzt das Andenken der Opfer, was ein inakzeptabler und moralisch verwerflicher Akt ist."

Nach polnischem Recht handele es sich um ein Verbrechen, erklärte Bartyzel, deshalb werde man "sowohl die polnische Staatsanwaltschaft als auch die ukrainische Botschaft in Warschau über diesen schmerzlichen Vorfall von Volksverhetzung" informieren.

Im Konzentrationslager Auschwitz kamen etwa 1,1 Millionen Juden, Polen, Sinti und Roma sowie sowjetische Kriegsgefangene um. Die Leugnung oder Rechtfertigung dieser Morde wird in Polen mit einer Geld- oder Haftstrafe von bis zu drei Jahren geahndet.

Bartyzel betonte, dass unter den Soldaten, die die Überlebenden aus dem Lager befreit hatten, "sowohl Russen als auch Ukrainer" gewesen seien:

"Wenn es sich bei dem Täter tatsächlich um einen ukrainischen Soldaten handelt, dann ist eine solche Tat auf dem Gelände des Museums auch eine nicht hinnehmbare Missachtung des Andenkens an diejenigen, die das Lager im Januar 1945 befreit haben."

Miroschtschenko gehört der 3. Sturmbrigade der ukrainischen Armee an, die im Jahr 2022 durch die Zusammenlegung von zwei Einheiten des Asow-Regiments gebildet wurde. Das Asow-Regiment war als Neonazi-Miliz entstanden und wurde 2014 formell in die ukrainische Armee eingegliedert.

Vom 21. Juli bis zum 2. August planen die Asow-Mitglieder eine Tournee durch neun europäische Städte, darunter Warschau, Berlin und Vilnius, berichtet die *Junge Welt*. Mit der Tour sollen auch Exil-Ukrainer angesprochen werden, damit sich einige von ihnen der Truppe anschließen.

* * *

AfD fordert Belohnung in Höhe von 50 Millionen Euro für Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge

<https://dert.site/inland/212989-afd-beantragt-50-millionen-und/>
20.07.2024

Die AfD-Fraktion beantragt im Bundestag die Bereitstellung von 50 Millionen Euro für Ermittlungen und als Belohnung bei der Aufklärung der Nordstream-Anschläge. Im Antrag enthalten ist auch die Einrichtung eines Zeugenschutzprogramms für Hinweisgeber.

In einem Antrag an den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags fordert die AfD-Fraktion, für die Aufklärung der Anschläge auf die Nord-Stream-Gasleitungen in der Ostsee eine Belohnung von 50 Millionen Euro bereitzustellen. Wie der *NDR* Anfang der Woche berichtete, sollen demnach dem Generalbundesanwalt 50 Millionen Euro aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt werden, hieß es in einer Mitteilung des Deutschen Bundestags. Damit solle es dem Generalbundesanwalt Jens Rommel ermöglicht werden, für die Aufklärung der Anschläge eine Belohnung in Aussicht zu stellen. Gleichzeitig fordert die AfD die Einrichtung einer unabhängigen Arbeitsgruppe, die damit beauftragt würde, die Schäden an den Nordstream-Gasleitungen zu berechnen.

Im September 2022, also vor fast zwei Jahren, wurden die Gasleitungen von bisher unbekanntem Tätern gesprengt. Nachdem Anfang 2024 Dänemark und Schweden ihre Untersuchungen

einstellten, ermitteln in Europa nur noch die deutschen Behörden. In der Nähe des zerstörten Abschnitts wurden mehrere Fremdkörper mit Sprengstoffspuren nachgewiesen. Bei weiterer Ermittlung müsse aufgedeckt werden, wer dafür verantwortlich gewesen sei.

Im Antrag der AfD "Belohnung für Hinweise zur Aufklärung der Anschläge auf die Nord-Stream-Leitungen ausloben" vom 2. Juli heißt es unter Absatz II, Punkt 1: "Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, 1. die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten, damit die haushalterischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof Budgetmittel von bis zu 50.000.000 Euro zur Verfügung gestellt werden können, über die er für die Auslobung einer Belohnung für Hinweise verfügen kann, die zur Ermittlung des Täters oder der Täter führen, und eine rechtsstaatliche Feststellung der Täterschaft als überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen."

Dem Antrag entsprechend solle gemäß Absatz II, Punkt 4 auch geprüft werden, ob für Hinweisgeber die gesetzliche Grundlage für ein Zeugenschutzprogramm geschaffen werden könne. Bei staatsgefährdenden Straftaten, zu denen Anschläge auf die kritische Infrastruktur zählen, soll laut dem Antrag geprüft werden, ob eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden könne,

"zum Schutz von Hinweisgebern denselben Straffreiheit im Inland, Auslieferungsverbot ins Ausland, Aufnahme in ein Zeugenschutzprogramm und/oder Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zugesagt und gewährt werden könnte."

In der Antragsbegründung heißt es unter Absatz I unter anderem: "Eine behinderte, unterlassene oder nicht mit Nachdruck verfolgte Aufklärung der Täter mindert das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und die Versorgungssicherheit von Wirtschaft und Privatpersonen. Die anhaltende Ungewissheit über die Hintergründe und die Täter verstärken Sorgen um die Sicherheit und führen zu erhöhten und relevanten Kosten für den Schutz der verbliebenen kritischen Infrastruktur vor Anschlägen. Zudem gebietet das Rechtsstaatsprinzip eine zeitnahe Aufklärung und in Folge eine Anklage und Verurteilung der Täter." Mit dem Antrag solle der Deutsche Bundestag "sein sehr hohes Interesse an einer gründlichen Aufklärung der feigen Anschläge, wer auch immer der Schuldige sein mag", bekunden.

* * *

Journalistenverband wirft Hubert Seipel raus

<https://dert.site/inland/213112-journalistenverband-wirft-hubert-seipel-raus/>

21.07.2024

Die Journalistenvereinigung "Netzwerk Recherche" hat Presseberichten zufolge den Publizisten und Buchautor Hubert Seipel aus ihren Reihen ausgeschlossen. Grund sind von einem russischen Geschäftsmann gezahlte Sponsorengelder.

Der Publizist Hubert Seipel ist aus dem Journalistenvereinigung "Netzwerk Recherche" ausgeschlossen worden, weil er angeblich ein Honorar aus Russland erhalten hat, berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* unter Berufung auf eine Erklärung des Verbandes.

In dem Bericht wird behauptet, dass der Journalist im November letzten Jahres ein Honorar in Höhe von 600.000 Euro aus Russland erhalten habe. Die Organisation ist der Ansicht, dass dies gegen die Regeln der journalistischen Integrität und Professionalität verstößt, hat aber nicht erklärt, auf welcher Grundlage sie zu diesem Schluss gekommen ist.

Im Dezember letzten Jahres wurden Seipels Bücher über die russische Politik in Deutschland aus

dem Verkauf genommen, gegen ihn selbst läuft ein Ermittlungsverfahren. Damals veröffentlichten das *ZDF* und der *Spiegel* eine Reportage über die internationale Untersuchung "Cyprus Confidential". Darin wurde vermutet, dass der Autor einer Putin-Biografie über die Offshore-Firma des Geschäftsmanns Alexej Mordaschow Sponsorengelder aus Russland erhalten habe.

In dieser Zeit habe Seipel den Veröffentlichungen zufolge an Büchern über Wladimir Putin für den Verlag Hoffmann und Campe gearbeitet und war als freier Journalist für den *Norddeutschen Rundfunk (NDR)* tätig, für den er 2012 eine Dokumentation über Russland drehte und 2014 ein Interview mit dem russischen Staatschef führte.

Nach Recherchen von *ZDF* und *Spiegel* wurden im März 2018 nach einem Sponsoringvertrag für ein Buch über die politische Landschaft in Russland 600.000 Euro an Seipel überwiesen. Sponsor soll Mordaschows Offshore-Firma mit Sitz in Zypern gewesen sein.

Ein paar Jahre später, im Jahr 2021, veröffentlichte Seipel das Buch "Putins Macht. Warum Europa Russland braucht" im Verlag Hoffmann und Campe. Zuvor soll er bereits Tantiemen für das 2015 im selben Verlag erschienene Buch "Putin. Innenansichten der Macht" erhalten haben.

Der Journalist selbst bestätigte in einer Antwort auf die Anfrage der Reporter, dass er Unterstützung von Mordaschow erhalten habe. Gleichzeitig bestritt er, dass dieser Einfluss auf den Inhalt der Bücher genommen habe. Laut Seipel heißt es im Vertrag, dass der Autor keine Verpflichtungen gegenüber dem Sponsor in Bezug auf das Projekt oder dessen Fertigstellung hat.

* * *

Nach Biden-Rückzug – Wahrnehmungen und Kommentare in Deutschland seitens Politik und Medien

<https://dert.site/nordamerika/213127-nach-biden-rueckzug-wahrnehmungen-und/>
22.07.2024

"Um 19:46 Uhr gab der Präsident auf" titelt die Bild-Zeitung zu den Entwicklungen in Washington. Bundeskanzler Scholz nennt den scheidenden Joe Biden "mein Freund". Das Social-Media-Team von Außenministerin Baerbock feilt noch an einer passenden Formulierung.

Am frühen Sonntagabend deutscher Zeit verkündeten Agenturmeldungen den strategischen Rückzug des amtierenden US-Präsidenten Joe Biden. Das Team um den zuletzt immer offener attackierten Wahlkampfkandidaten der Demokraten ließ via Mitteilungen in den sozialen Netzwerken mitteilen, dass die Entscheidung "im besten Interesse meiner Partei und des Landes" vollzogen wurde. Das Magazin *Der Spiegel* verwies in einer ersten Meldung darauf, dass der "X-Account von Joe Biden den Rückzug von der Präsidentschaftskandidatur verkündet", wobei "eine Bestätigung des Weißen Hauses noch nicht vorliegt."

Am Tag nach der Nachricht aus Washington titelt das Hamburger Magazin:

"Die Demokraten sollten Biden dankbar sein – und seinen Rat ignorieren. US-Präsident Joe Biden macht für einen jüngeren Kandidaten Platz, das verdient Respekt. Trotzdem sollte seine Partei nicht den Fehler begehen und Kamala Harris ohne Wettbewerb auf den Schild heben."

Bidens Wahlkampfteam hatte am gestrigen Abend in einem zweiten X-Posting mitteilen lassen, dass der Präsident "meine volle Unterstützung und Befürwortung für Kamala als Kandidatin unserer Partei in diesem Jahr anbieten" möchte. Wenig später reagierte das Social Media-Team des

deutschen Bundeskanzlers mit einer "persönlichen" Erklärung von Olaf Scholz:

[Screenshot]

Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels findet sich kein Statement von Außenministerin Annalena Baerbock, dafür von der Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang. Sie kommentiert das Ereignis mit der wörtlichen Feststellung:

"Joe Biden hat als Präsident seinem Land auf beeindruckende Art und Weise gedient. Und er tut es auch mit diesem Schritt. Mein größter Respekt."

Nach der Nominierung von J.D. Vance, als Trumps Kandidaten für den Vize-Präsidentenposten, teilte Lang am 16. Juli via X-Posting mit:

[Screenshot]

CDU-Chef Friedrich Merz erinnert daran, dass Biden "mehr als fünf Jahrzehnte lang dem amerikanischen Volk gedient hat. Seine heutige Entscheidung verdient größten Respekt." Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen erklärte auf X:

"Präsident Biden hat seinen Fehler, erneut zu kandidieren, spät, aber nicht zu spät korrigiert. Auch das verdient größten Respekt. Die Demokratische Partei hat nun die Chance, den Wahlkampf noch einmal zu drehen."

Minister Karl Lauterbach kommentierte das Ereignis ebenfalls unmittelbar nach ersten Medienmeldungen mit der Feststellung:

"Ein Segen. Biden zeigt Größe und verdient Respekt für diese Entscheidung. Jetzt kann der Wahlkampf wieder spannend werden."

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth (SPD), nannte Biden auf X in englischer Sprache einen "Präsidenten, dem wir in Europa und Deutschland viel zu verdanken haben" und weiter: "Das Ende ist tragisch und wird seinem Lebenswerk nicht gerecht."

Die *Bild*-Zeitung erklärt ihren Lesern zu dem Rückzug von Biden:

"Es gab keine förmliche Ansprache, keinen großen Auftritt, lediglich ein geschriebenes Statement. Das war allerdings gefüllt mit emotionalen Worten, die deutlich machen, wie schwer Biden diese Entscheidung gefallen sein muss."

Die dem Springer-Verlag zugehörige *Welt* titelte am gestrigen Abend mit einer prognostischen Zusammenfassung zum Schaffen der voraussichtlichen Kandidatin der Demokraten:

"Nichts würde besser mit einer Kandidatin Kamala Harris (...) Politische Beliebigkeit, Narzissmus und mangelnde Organisationsfähigkeit prägten ihren damaligen Wahlkampf. Wofür Harris genau stand, wusste nicht einmal ihr Kampagnen-Team (...) Niemand dürfte dem Wahlvolk schwerer zu vermitteln sein als eine apolitische Profilneurotikerin mit Eliten-Anstrich, die dem sozial gebeutelten Land nur Kalendersprüche und Diversity-Talk zu bieten hat."

Harris würde laut *Welt*-Artikel zudem "selten mehr als pseudointellektuelle Worthülsen bieten" (Bezahlschranke). Die *Tagesschau*-Redaktion stellte noch gestern Abend fest: "Bidens Rückzug so kurz vor der Wahl ist eine dramatische Wende und verursacht weiteres Chaos in einem ohnehin

historischen US-Wahljahr." Das ZDF startete einen "US-Wahl Ticker", der aktuell darüber informiert: "Hollywood reagiert auf Rückzug Joe Bidens". N-tv nennt den Schritt Bidens "einen wütenden Rückzug", da der Präsident "schließlich widerwillig auf seine Kandidatur verzichtet."

Die F.A.Z. fragt gleich im Titel: "Wie stark ist Kamala Harris? Laut Frankfurter Rundschau wittern die Republikaner: "'Betrug': Trump mit wütenden Kommentaren nach Biden-Verzicht", um weiter die dpa-Meldung zu zitieren:

"Sein Wahlkampfteam habe Zeit und Geld in 'den Kampf gegen den betrügerischen Joe Biden' investiert. 'Jetzt müssen wir wieder von vorn anfangen', schrieb Trump auf der Internet-Plattform Truth Social. Der 78-Jährige stellte eine Entschädigung der Republikaner für diesen 'Betrug' an seiner Partei in den Raum."

FDP-Minister Buschmann bestätigt via X-Posting:

[Screenshot]

Grünen-Politiker Cem Özdemir stellt seinerseits fest, dass die Entscheidung, "persönlich tragisch ist, aber großen Respekt verdient" und weiter im Rahmen der X-Mitteilung:

"Politisch ist sie eine Chance für die USA. Denn die Wahlen im November entscheiden so viel mehr als die Frage, wer künftig in den Vereinigten Staaten regiert."

Die EU-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann wollte oder konnte sich indes noch nicht äußern, wie auch die BSW-Chefin Sahra Wagenknecht samt Social-Media-Team ihrer Partei. Das Gleiche gilt bis dato für fehlende Statements seitens Alice Weidel oder Tino Chrupalla.

Das Magazin Stern titelt derweil: "Die deutsche Politik verneigt sich vor Joe Biden – mit einer Ausnahme". So stellte die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch fest:

"Ich bedaure den Verzicht von Biden auf die Präsidentschaftskandidatur. Er war der beste Wahlkämpfer, den Trump hatte. Und an alle, die jetzt erst der Meinung sind, die Entscheidung sei richtig, weil Biden ja erkennbar dement ist: DAS WAR ER SEIT JAHREN. Erkennbar."

* * *

"Aus Gründen des Staatswohls": Bundesregierung schweigt weiter zu Nord Stream-Ermittlungen

<https://dert.site/international/213315-nord-stream-anschlag-berlin-weigert/>

23.07.2024

Auf die Frage nach einer möglichen Beteiligung von US-Geheimdienste oder der Ukraine an dem Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines heißt es seitens der Bundesregierung, Berlin sei zu der Auffassung gelangt, dass die Beantwortung der Frage "aus Gründen des Staatswohls" nicht erfolgen könne.

Die Anschläge auf die Nord Stream-Pipelines in der Ostsee im September 2022 ist der größte Sabotageakt der europäischen Nachkriegsgeschichte. Dennoch weigert sich die Bundesregierung weiterhin, Zwischenergebnisse der Ermittlungen dazu zu veröffentlichen. Das geht nun aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der AfD hervor.

Die AfD-Bundestagsfraktion hatte am 12. April, nur wenige Wochen nach der Einstellung der

Ermittlungen durch Schweden und Dänemark, eine Große Anfrage an die Regierung zu den fehlenden Ermittlungsergebnissen gestellt.

Die Bundesregierung erklärte nun in ihrer Antwort, es werde weiter nicht beabsichtigt, "vorläufige Ergebnisse oder ein Zwischenergebnis der Ermittlungen zu veröffentlichen oder vorzulegen, da dies den Untersuchungszweck gefährden würde".

Auf die Frage nach dem Umstand, dass die Behörden bis heute keine Belohnung für sachdienliche Hinweise zur Ergreifung der Täter ausgesetzt haben, antwortet die Bundesregierung schlicht: "Nach dem bisherigen Verlauf der Ermittlungen besteht dafür jedoch aus ermittlungstaktischer Sicht kein Bedürfnis." Die AfD fordert 50 Millionen Euro Belohnung für die Aufklärung des Terrorakts.

Brisant an dem 32-seitigen Dokument der Bundesregierung ist, dass Berlin einräumt, die deutschen Behörden hätten die Gasröhren nicht "in besonderer Weise sichern lassen".

Auf die Frage nach einer möglichen Beteiligung amerikanischer Geheimdienste oder der Ukraine an dem Anschlag auf die Pipelines heißt es: "Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Beantwortung der Frage aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen kann."

* * *

Emmanuel Todd: "Wir alle in Europa warten darauf, dass Deutschland den Krieg beendet"

<https://dert.site/europa/213223-emmanuel-todd-wir-alle-in/>

24.07.2024

Der Westen weiß, dass er den Krieg in der Ukraine verloren hat, trotzdem wird kein Frieden geschlossen. Das erklärt der französische Historiker Emmanuel Todd. Es liege nun an Deutschland, sich von den USA zu lösen und einen Frieden herbeizuführen.

Der französische Historiker und Anthropologe Emmanuel Todd ist überzeugt, dass es an Deutschland ist, den Ukraine-Krieg zu beenden. In einem Interview mit der *Berliner Zeitung* erklärte Todd:

"Es geht also darum, ob sich Deutschland von den Amerikanern löst und sich für den Frieden in der Ukraine einsetzt. Deutschland wird entscheiden, ob ein endloser Krieg weitergeht oder ob Frieden einkehrt. In diesem Sinne muss Deutschland seiner Verantwortung als Führungsmacht in Europa gerecht werden. Wir alle in Europa warten darauf, dass Berlin den Krieg beendet."

Militärisch hält der Wissenschaftler den Krieg für entschieden. Seine schon vor Monaten geäußerte Einschätzung, dass die Ukraine den Krieg verloren habe, bringt Todd von der *Berliner Zeitung* den Vorwurf der "Nähe zu Putin" ein – den er nicht auf sich sitzen lässt:

"Auch das weise ich zurück. Wenn ich sage, die Ukraine hat den Krieg schon verloren, dann spreche ich nur aus, was das Pentagon oder der französische Generalstab denken."

Die Russen, so Todd, würden sich noch mehr Territorium "einverleiben":

"Das Problem ist also, dass wir uns in einer Situation befinden, in der der Westen weiß, dass er den Krieg verloren hat, und trotzdem kein Frieden geschlossen wird."

Todd erklärt, dass es in Europas Interesse liege, zu einer Verständigung mit Russland zu gelangen, das für die Europäer keine Bedrohung darstelle. Die USA dagegen seien eine:

"Jeder im Westen weiß, dass Russland weder den Willen noch die Mittel hat, in Europa einzumarschieren. Das Letzte, was die Russen wollen, ist, wieder Polen verwalten zu müssen. Die Europäer könnten also einen Frieden in der Ukraine akzeptieren, das wäre in ihrem Interesse. Aber für die Amerikaner wäre das katastrophal. Würden die Russen ihre Ziele in der Ukraine erreichen, wäre Amerika in den Augen der Welt von einer ebenbürtigen Macht besiegt worden. Und das würde höchstwahrscheinlich zum Zusammenbruch des gesamten amerikanischen Weltsystems führen."

In Wirklichkeit, so Todd, gehe es nicht um die Europäer, sondern um Deutschland, das neben Japan eine der Säulen des US-amerikanischen Herrschaftssystems sei.

Die Vorgeschichte des Krieges beschreibt der Historiker so:

"Anfang der 2000er-Jahre gab es eine Annäherung zwischen Europa und Deutschland auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dass Schröder, Putin und Chirac gemeinsam eine Front gegen den Irakkrieg bildeten, hat die Amerikaner aufgeschreckt. Sie befürchteten, dass sich eine der größten Industriemächte der Welt, Deutschland, mit einer der größten Energiemächte der Welt, Russland, zusammenschließen und Amerika gewissermaßen aus Europa verdrängen würden. Deutschland musste also aus der Sicht Washingtons von Russland getrennt werden. Indem man die Russen zur Intervention in der Ukraine drängte, gelang dies schließlich. Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines ist das Sahnehäubchen."

Den empörten Einspruch der Berliner Zeitung, zu sagen, Russland sei zum Eingreifen gedrängt worden, klinge nach "Putin-Propaganda", wischt Todd beiseite. Er sehe sich als Historiker die Fakten an und ziehe daraus seine Schlüsse:

"Vor dem Februar 2022 gab es eine Ausdehnung der NATO nach Osten. Im Zusammenhang mit dem Maidan haben die Amerikaner dann direkt in der Ukraine interveniert. Die ukrainischen Nationalisten und ein Teil der amerikanischen politischen Klasse haben sich gegenseitig in ihrer Russophobie hochgeschaukelt und damit eine teilweise irrationale Dynamik in Gang gesetzt. Am Ende war eine Situation entstanden, in der die NATO de facto damit begonnen hatte, die ukrainische Armee bis an die russische Grenze aufzurüsten. Die Russen hatten angekündigt, dass sie eine in die NATO integrierte Ukraine nicht tolerieren könnten. Sie hatten gewarnt, dass sie in einem solchen Fall eingreifen würden."

Befragt, ob man derzeit in der Ukraine den "Fall des Westens" (so der Titel von Todds aktuellem Buch) erlebe, stellte der renommierte Wissenschaftler klar, dass der Niedergang des Westens "ein innerer Zerfall mit Amerika im Zentrum" sei. Todd, der bereits 1976 den Zerfall der Sowjetunion vorhergesagt hatte, weil ihm unter anderem die dort steigende Kindersterblichkeit aufgefallen war, unterlegt auch seine aktuelle Diagnose mit Daten.

So sei die Kindersterblichkeit in Russland heute niedriger als in den USA. Die durch den Dienstleistungssektor aufgeblähten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt täuschten über die "große Schwäche" in der realen industriellen und landwirtschaftlichen Produktion des Westens hinweg. Noch schlimmer sehe es im Bildungsbereich aus:

"Dort sinkt das Bildungsniveau seit 1965, die Zahl der Studenten stagniert, und Tests zeigen, dass der Intelligenzquotient sinkt. Die Amerikaner bilden heute oft keine Ingenieure mehr aus, sondern Juristen und Börsianer. Für mein Buch habe ich mir die Zahlen angeschaut und festgestellt, dass Russland mit weniger als der Hälfte der Bevölkerung mehr Ingenieure ausbildet als die USA."

Als Ursache für den Niedergang des Westens sieht Todd "nihilistische Impulse" beim Übergang vom Kapitalismus zum neoliberalen Finanzkapitalismus:

"Ab einem gewissen Punkt ist es völlig irrational, dass Menschen Unmengen von Geld anhäufen wollen, nur um des Geldes willen. Vor allem aber hat der Neoliberalismus in der Praxis Wirtschaft und Gesellschaft zerstört. Thatcher hat selbst gesagt, dass es so etwas wie Gesellschaft nicht gibt, das ist ein nihilistisches Bekenntnis. Außenpolitisch drückt sich diese Haltung in der Bevorzugung des Krieges gegenüber dem Frieden aus."

Anders als andere Beobachter geht der Franzose nicht davon aus, dass die USA nach der absehbaren Niederlage in der Ukraine einen weiteren Krieg mit China anzetteln:

"Sie haben einfach nicht die Mittel dazu. Ein Krieg zwischen China und den USA im Südchinesischen Meer wäre in wenigen Stunden vorbei, die Chinesen würden die amerikanischen Flugzeugträger mit Hyperschallraketen problemlos versenken."

China werde die USA allerdings nicht als Weltmacht ablösen, weil die Chinesen mit erheblichen demografischen Problemen zu kämpfen hätten. Die künftige Welt werde eine multipolare, die sich keine Kriege mehr leisten könne.

Am Anfang des Gesprächs äußert sich der Franzose auch zur Lage in seinem Heimatland. Auf die Frage, ob er die Sorgen vieler Deutscher vor dem Aufstieg des Rassemblement National von Marine Le Pen teile, winkt Todd ab:

"Nein, denn ich halte die Wahlen in Frankreich schon lange für eine Komödie. Das Land ist nicht mehr wirklich souverän, weil es weder über seine Geldpolitik noch über seine Handelspolitik entscheiden kann."

Wegen der EU-Verträge würden entscheidende Dinge wie die Währungs- oder Handelspolitik in Brüssel entschieden, nicht in Paris. Die Wahlen seien deshalb, so wiederholt er, eine "Komödie". Aus seiner Verachtung für den derzeitigen Präsidenten und seine Vorgänger macht Todd keinen Hehl:

"Wir hatten die Sarkozy-Komödie: ein hysterischer Mann, der ständig von seiner Frau sprach und die Vorstädte "säubern" wollte. Dann hatten die Franzosen genug davon und es kam Hollande, der sagte, sein Feind sei die Finanzwelt und er sei ein ganz normaler Typ. Jetzt haben wir Macron, der sagt: "Ich bin jung, ich mag die Banken und ihr seid alle dumm." In der Praxis hat sich jedoch nichts geändert, die französische Politik wird weiterhin von den finanziellen Zwängen Brüssels bestimmt."

Todd, Jahrgang 1951, ist einer der bekanntesten Historiker und Anthropologen Frankreichs. Er arbeitete am "Nationalen Institut der Bevölkerungsstudien" (INED) und befasste sich unter anderem mit den verschiedenen Familienstrukturen auf der Welt und ihren Einfluss auf Überzeugungen, Ideologien, politische Systeme und historische Ereignisse. Todd ist Autor zahlreicher Bücher. Sein neuestes Buch "Der Fall des Westens" erscheint im Oktober 2024 in deutscher Übersetzung im Westend Verlag.

* * *

Ukrainischer Ex-Oberbefehlshaber vor britischem Institut: Vernichtung Russlands ist oberstes Ziel

<https://dert.site/europa/213400-ehemaliger-ukrainischer-oberbefehlshaber-vernichtung-russlands/>
24.07.2024

In einer Rede fordert der ehemalige ukrainische Oberbefehlshaber Saluschny von den westlichen Regierungen radikale Maßnahmen. Allein die Existenz Russlands sei eine Bedrohung. Daher sei der Vernichtung Russlands alles unterzuordnen – auch Demokratie und Freiheit.

Der ehemalige Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschny, hat am britischen Forschungsinstitut für Verteidigung und Sicherheitsfragen RUSI einen Vortrag gehalten. In seinem Vortrag sagte er, allein die Existenz Russlands sei eine Bedrohung. Er forderte, für den Kampf mit Russland müsse der Westen auf eine ganze Reihe von Freiheiten verzichten. Er regte zudem an, in der Ukraine neue Waffensysteme und Militärtechnik zu testen und zu erproben.

Saluschny, der seit seinem Ausscheiden aus der Armee die Ukraine als Botschafter in Großbritannien repräsentiert, forderte die westlichen Staaten zur Schaffung einer totalitären Diktatur auf, deren einziger Zweck die Vernichtung Russlands sein müsse.

Weder Russland noch die Ukraine seien in der nächsten Zukunft in der Lage, den Krieg durch den Einsatz von Waffen und Waffentechnik zu entscheiden. Notwendig sei daher, mehr menschliche Ressourcen in den Krieg zu werfen. Saluschny erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verluste im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ob die Menschheit für den Dritten Weltkrieg bereit sei, fragte Saluschny im Anschluss. Er appellierte an die "freien und demokratischen Länder" aufzuwachen und darüber nachzudenken, wie sie ihre Bürger und Territorien schützen könnten. Er bot dabei an, das von der Ukraine im Krieg mit Russland gewonnene Wissen westlichen Regierungen zur Verfügung zu stellen, die es für "die Suche nach einem Weg zum Frieden" nutzen könnten.

Ganz im Sinne des deutschen Verteidigungsministers Boris Pistorius (SPD) sagte Saluschny, die Bereitschaft zum Krieg wird nicht nur durch die Bereitschaft der Armee bestimmt, sondern durch die Bereitschaft der Gesellschaft als Ganzes, sich dem Feind zu stellen.

Man müsse sich auf zukünftige Kriege vorbereiten, für die der Krieg in der Ukraine die Vorlage bilde. Laut Saluschny handelt es sich beim Ukraine-Krieg um einen "Krieg, der in eine neue Periode überleitet".

In Russland wurde der Redebeitrag Saluschnys breit kommentiert. Er sei eine Warnung an diejenigen, meint beispielsweise das Onlineportal *Rusnext*, die glauben, mit dem Westen könne man eine Einigung finden.

* * *

"Tendenz zur Verschärfung" – Putin und Assad besprechen Lage in Nahost

<https://dert.site/international/213507-putin-empfaengt-assad-im-kreml/>
25.07.2024

Wladimir Putin und Baschar al-Assad haben während der Gespräche in Moskau die Lage im Nahen Osten sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit besprochen. Der russische Präsident sieht die Situation in der Region und in Syrien als von "Tendenz zur Verschärfung" geprägt.

Am Mittwochabend hat sich der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad in Moskau getroffen. Bei der Zusammenkunft im Kreml erörterten die Staatsoberhäupter die Lage im Nahen Osten und die wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder.

Laut einer vom Kreml-Pressedienst veröffentlichten Erklärung sagte Putin zur Einleitung des Treffens, dass die Situation im Nahen Osten von einer "Tendenz zur Verschärfung" geprägt sei. Dies betreffe auch Syrien.

Was die Beziehungen der Länder in den Bereichen Handel und Wirtschaft angehe, so sehe Putin hierbei vielversprechende Aussichten. Fragen zu diesem Thema gebe es viele, so Putin, und er hoffe, auch diese im Rahmen des Treffens besprechen zu können.

Assad wies seinerseits auf "äußerst schwierige Herausforderungen" hin, die Syrien und Russland in den vergangenen Jahrzehnten bestanden hätten. Trotz "schwieriger Wandlungsprozesse" im Innern der Länder seien die Beziehungen auf einem vertraulichen Niveau erhalten worden. Er wolle auch Ereignisse, die derzeit weltweit und in Eurasien im Gange seien, sowie Aussichten und Szenarien derer Entwicklung besprechen.

Das Treffen am Mittwoch fiel mit dem Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Syrien zusammen. Zuletzt hatte Assad Moskau im März 2023 besucht. Damals standen die Bekämpfung des Terrorismus und die Weiterentwicklung friedlicher Beziehungen im Mittelpunkt der Gespräche.

* * *

Neonazis bekennen sich zu Mord an ukrainischer Nationalistin Farion

<https://dert.site/europa/213518-neonazis-bekennen-sich-zum-mord-an-farion/>

25.07.2024

Ukrainische Medien berichten über die Beteiligung einer neonazistischen Gruppierung am Mord an Irina Farion. In einer Videoerklärung sollen sich die Beteiligten zu der Tat bekannt haben. Farion habe Hass in der ukrainischen Gesellschaft geschürt.

Die internationale Neonazigruppierung National-Socialism/White Power hat sich für den Mord an der ukrainischen Nationalistin Irina Farion verantwortlich erklärt. Dies berichten das Nachrichtenportal *Strana.ua* und der TV-Sender *Prjamoj* unter Berufung auf eine von der Gruppierung veröffentlichten Videoaufnahme, in der die Mordtat zu sehen sein soll.

Strana.ua teilt mit, dass der Macher des Videos den Mord damit begründet habe, dass Farion in der ukrainischen Gesellschaft einen "sprachlich motivierten Hass" entfacht habe. Wie das Portal vermutet, könnte sich diese Aussage auf Farions Kritik an Soldaten der ukrainischen Armee beziehen, die Russisch sprechen. Der Autor der Aufnahme habe sich als Unterstützer des ukrainischen Militärs bekannt und erklärt, er kämpfe gegen einen internen Gegner.

Im November 2023 hatte Farion in einem Interview Soldaten des Asow-Regiments kritisiert, weil viele von ihnen bekanntlich Russisch sprechen. Die Politikerin riet den Angehörigen der Einheit, die in Russland als Terrororganisation eingestuft ist, sie sollten Ukrainisch sprechen, wenn sie "so mächtig und intelligent" seien.

Am 19. Juli 2024 wurde Farion in Lwow erschossen, eine Kugel traf sie in die Schläfe. Die

ehemalige Abgeordnete des ukrainischen Parlaments erlag der Verwundung im Krankenhaus. Sie war 60 Jahre alt.

Laut dem ukrainischen Innenministerium wurde Farion entweder aus persönlicher Abneigung oder wegen ihrer sozialpolitischen Aktivitäten getötet. Die Polizei schloss einen Auftragsmord nicht aus. Präsident Wladimir Selenskij sagte, die Ermittler würden prüfen, ob Russland an der Tat beteiligt gewesen sei.

Die Gruppe National-Socialism/White Power wurde in den 2000er-Jahren in Sankt-Petersburg gegründet. Seitdem hat die Gruppierung mehrere Verbrechen begangen, vorwiegend an nicht-slawische Personen. Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine unternahm die Organisation mehrere Brandanschläge auf militärische Rekrutierungszentren in Russland.

Im April 2022 meldete der Föderale Sicherheitsdienst die Festnahme von Mitgliedern der Organisation, die Mordanschläge auf mehrere Journalisten geplant haben sollen, unter anderem an RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan und dem Publizisten Wladimir Solowjow.

Bereits am 21. Mai 2021 hatte das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Gruppe National-Socialism/White Power als Terrororganisation eingestuft.

* * *

Analyse

Baupläne neuer Soldatenfriedhöfe offenbaren wirkliche Personalverluste der Ukraine

<https://dert.site/international/212685-bauplaene-neuer-soldatenfriedhoeefe-offenbaren-wirkliche/>
19.07.2024

Der ukrainische Minister für Angelegenheiten der Veteranen kündigt den Bau von nationalen Soldatenfriedhöfen in Kiew und ukrainischen Regionalhauptstädten an. Diese Pläne machen das tatsächliche Ausmaß der Personalverluste des ukrainischen Militärs deutlich.

Von IA Steklomoi

Ende Februar hat Wladimir Selenskij bei seinem Gespräch mit den Journalisten nach Abschluss des Forums "Ukraine. Jahr 2024" behauptet, dass die Verluste des ukrainischen Militärs während der Zeit des Konflikts mit Russland 31.000 Soldaten betragen.

Diese Zahlen riefen gemischte Reaktionen selbst bei den überzeugtesten Zuschauern der gleichgeschalteten ukrainischen Nachrichtensendungen hervor. Denn sollten die Angaben tatsächlich stimmen und die Verluste unbedeutend sein, wozu senkt die Regierung dann sukzessive das Mobilisierungsalter, wozu schafft sie Rückstellungsfristen ab und wozu entführen bewaffnete Patrouillen zufällige Passanten auf den Straßen? Für alle war es offensichtlich, dass Selenskij das Ausmaß der Verluste unterschätzt. Doch wie sehr unterschätzte er es?

Nun, jüngst trat das Ministerium für Angelegenheiten der Veteranen der Ukraine mit einer Initiative auf, die eine indirekte Antwort auf diese Frage beinhaltet.

Der amtierende Leiter des Ministeriums, Alexandr Porchun, kündigte den Bau eines nationalen Militärfriedhofs in Kiew mit 100.000 Gräbern und 60.000 Graburnen an. Nach Illustrationen zum Projekt zu urteilen, wurde als Vorbild der Nationalfriedhof Arlington in den USA (wen wundert's?) herangezogen. Es sind die gleichen glatt gemähten Rasen und die endlosen Reihen von gleichen weißen Grabsteinen. Begraben werden dort "Helden der Ukraine", die zuvor auf anderen Friedhöfen begraben waren. Außerdem sollen Porchun zufolge in den Regionalhauptstädten "Filialen" des Nationalfriedhofs gebaut werden, weil "eine Nachfrage dafür" bestehe.

Was stellt sich also heraus?

Allein in Kiew wird ein neuer Friedhof mit gleich 160.000 Gräbern vorbereitet, dazu kommen landesweit zusätzliche "Filialen". Für die Regionen nannte Herr Porchun vernünftigerweise keine Zahlen. Und das sind bloß die "Helden der Ukraine", also die regimetreue, mit Orden ausgezeichnete Elite, und nicht die von den Straßen eingefangenen "Wehrdienstverweigerer" und sonstige arme Schweine von der Territorialverteidigung.

Mit diesen Zahlen ist erstens teilweise die bemerkenswerte Bescheidenheit zu erklären, mit der Washington und Brüssel ihre Unterstützung Kiews fortsetzen. Könnten sie 1.000 Abrams-Panzer und Hunderte von F-16-Kampffjets in die Ukraine schicken? Sicher, sogar jetzt gleich. Doch wer wird sie steuern? Wie wir sehen, liegt der Großteil der "Helden" längst auf dem Friedhof begraben und die künftigen Panzerfahrer und Piloten haben Angst, zum Brotkaufen hinauszugehen, von der Front ganz zu schweigen.

Zweitens haben wir damit die reale, und nicht von den sprechenden Köpfen in ukrainischen Nachrichtensendungen verkündete Einschätzung des Offensivpotenzials des ukrainischen Militärs vor uns.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst verfasst am 16. Juli 2024 speziell für RT.

IA Steklomoi ist ein rechtskonservativ ausgerichteter russischer Telegram-Kanal, auf dem der anonyme Autor oder das Autorenkollektiv zu tagesaktuellen politischen und militärischen Themen eigene Kommentare veröffentlicht und ausgewählte Kommentare Dritter repostet.

* * *

Ungarn beginnt sich auf dem Balkan neu zu positionieren

<https://dert.site/international/213025-ungarn-beginnt-sich-auf-balkan/>

20.07.2024

Während Ungarn in der EU insbesondere nach den Besuchen seines Ministerpräsidenten in Kiew, Moskau und Peking mehr und mehr isoliert wird, verbessern sich die Beziehungen zu den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Vor allem zu Serbien besteht ein geradezu freundschaftliches Verhältnis.

Von Marinko Učur

Konfrontiert mit Missverständnissen seiner EU-Partner wegen seiner Friedenspolitik und Pendeldiplomatie schlägt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ein neues Kapitel der strategischen Positionierung seines Landes auf. Es behauptet sich nicht nur als Faktor der Stabilität und des Friedens, sondern geht auch einen Schritt weiter bei der Durchsetzung seiner Außenpolitik. Die Kontakte, die Orbán während seines Aufenthalts beim NATO-Gipfel in Washington mit einer Reihe von Staats- und Regierungschefs hatte, blieben nahezu unbemerkt, was mit dem Versuch der Ausgrenzung des ungarischen Premierministers in Verbindung gebracht wird.

Ungarn hat auf dem Balkan und im Verhältnis zu seinen südlichen Nachbarn längst ein neues Kapitel aufgeschlagen. Obwohl dieses Land als ehemaliges Mitglied der österreichisch-ungarischen Monarchie den südslawischen Völkern als Unterdrücker und Eroberer nicht in bester Erinnerung blieb, gelang es ihm dennoch, sich als guter und vernünftiger Nachbar durchzusetzen, der die Missverständnisse auf dem Balkan äußerst gut versteht. Zunächst hat es die bestmöglichen Beziehungen zu Serbien aufgebaut, die die beiden Staatsführer Aleksandar Vučić und Viktor Orbán oft als freundschaftlich, gutnachbarlich und sogar brüderlich bezeichnen. Sowohl Budapest als auch Belgrad sind sich einig, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern einen historischen Höhepunkt erreicht haben, was vor allem der Freundschaft und den häufigen und engen Kontakten der beiden Staats- und Regierungschefs zu verdanken ist.

Selbst die größten Optimisten hätten vor nur 20 bis 25 Jahren nicht mit einer derart beschleunigten Entwicklung freundschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern rechnen können. Es gibt kaum zwischenstaatliche Missverständnisse, und frühere Streitigkeiten über die Rechte nationaler Minderheiten in dem einem oder dem anderen Land haben sich nahezu in Luft aufgelöst. Die große ungarische Nationalgemeinschaft in Serbien ist mit ihrem Status und ihrer Stellung zufrieden und als Koalitionspartner von Vučićs Serbischer Fortschrittspartei(SNS) stark in der Regierung vertreten. Ähnlich verhält es sich mit der Situation der, wenn auch deutlich kleineren, serbischen Minderheit in Ungarn.

Engere Bande mit Serbien als mit Kroatien

Dies alles sind Umstände, die dazu geführt haben, dass Ungarn in einem völlig anderen Licht dargestellt wird. Ungarn zeigt auch gegenüber den anderen Staaten, die nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien entstanden sind, freundschaftliche Absichten. In Kroatien wurde einst der ungarische Ölkonzern MOL Mehrheitseigentümer des staatlichen kroatischen Ölkonzerns INA, und das war der erste große Markteintritt auf dem Balkan. Doch Kroatien, das inzwischen EU-Mitglied geworden ist, hat es nie geschafft, so enge Beziehungen zu Budapest wie das offizielle Belgrad aufzubauen. Viele werden sagen, dass dies unter anderem auf Missverständnisse im Verhältnis zwischen INA und MOL zurückzuführen ist, denn die kroatische Regierung versucht, die Ungarn aus den Führungsstrukturen des gemeinsamen Unternehmens zu verdrängen und das Ruder bei INA zu übernehmen.

In der Zwischenzeit suchten die Ungarn neue Balkanfreunde und fanden sie im offiziellen Belgrad. Auch Banja Luka, die Hauptstadt der Republika Srpska (eine der beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina), nutzte die Annäherung zwischen Belgrad und Budapest. Auch der Präsident dieser Republik, Milorad Dodik, verbirgt seine Nähe zu Viktor Orbán nicht, der Banja Luka sogar dreimal besuchte, im November 2021, im Juni 2023 und Anfang April dieses Jahres, als ihm der höchste Orden der Republika Srpska für seine Verdienste um die Entwicklung serbisch-ungarischer Beziehungen verliehen wurde. Eine solche Nähe wird in Sarajevo mit Argwohn wahrgenommen, aber es handelt sich um komplizierte interethnische Beziehungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Bosnien und Herzegowina.

Serbien, die Republika Srpska und Nordmazedonien erwarten von Ungarn bei ihrem Streben nach einer EU-Mitgliedschaft erhebliche Hilfe und Unterstützung. Ob Ungarn den Ländern des Westbalkans dabei helfen kann und will, EU-Mitglied zu werden, ist derzeit unklar. Budapest selbst sieht sich nämlich mit einer Art Ausgrenzung von Brüssel konfrontiert, das ihm die Friedensmission seines Regierungschefs zunächst nach Kiew und Moskau und dann in andere Welthauptstädte vorwirft.

Ungarn möchte zeigen, dass es nicht nur politisch, sondern auch finanziell souverän und unabhängig ist und in der Rolle eines bedeutenden Gläubigers im Balkanraum auftritt. Die Republika Srpska hat von Ungarn bereits ein günstiges Darlehen in Höhe von 100 Millionen Euro für den Agrarsektor und den Kauf von Landmaschinen erhalten. Auf der anderen Seite prahlte Nordmazedonien bzw. sein neuer Ministerpräsident Hristijan Mickoski damit, dass er kürzlich bei einem Treffen in Washington von Viktor Orbán Zusicherungen erhalten habe, dass Ungarn Entwicklungsprojekte in diesem Land im Wert von einer halben Milliarde Euro mit Darlehen fördern werde. Aus heutiger Sicht wird eine solche Kreditvereinbarung bereits im September in Kraft treten, und dann wird Ungarn erneut den Zorn derer auf sich ziehen, die seine autonome und souveräne Politik nicht unterstützen. Welchen Beitrag Ungarn zur Unterstützung der europäischen Bestrebungen der Balkanstaaten leisten wird, lässt sich nur schwer abschätzen, da Budapest bereits zu Beginn seiner EU-Ratspräsidentschaft mit Widerständen aus Brüssel und einigen europäischen Hauptstädten konfrontiert ist.

* * *

Rainer Rupp: Wie Russland sich nach Asien ausrichtet – und an Bedeutung gewinnt

<https://dert.site/international/212992-russlands-strategische-neuausrichtung-nach-asien/>

21.07.2024

Russlands wichtiger werdende Rolle in Asien, die Vertiefung der Partnerschaft mit China und die Rolle von BRICS und SCO bilden einen Gegenpol zum westlichen Einfluss und umfassen unter anderem umfangreiche Handelsabkommen, Energiekooperationen und gemeinsame Infrastrukturprojekte.

Von Rainer Rupp

Die geopolitische Strategie Russlands in Asien und die Integration in die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) sowie die Shanghai Cooperation Organization (SCO) stellen bedeutende Entwicklungen im Widerstand gegen den westlichen Einfluss dar. Diese Analyse untersucht Russlands Rolle in diesen Organisationen, die Auswirkungen auf die eurasische Geopolitik und wie diese Allianzen eine multipolare Welt formen.

Russlands Neuausrichtung nach Asien spiegelt die breiteren strategischen Ziele wider, abseits von Europa wirtschaftliche Partnerschaften zu diversifizieren und seinen geopolitischen Einfluss zu stärken. Historisch gesehen war Russland eng mit Europa verbunden, aber seit dem US-finanzierten und organisierten Maidan-Putsch in Kiew vor zehn Jahren haben die Spannungen mit dem zunehmend kriegslüsternden Westen rasant zugenommen, und spätestens mit der westlichen Verhängung der "Sanktionen aus der Hölle" hat sich die russische Zuwendung in Richtung Asien weiter beschleunigt. Diese Neuausrichtung ist durch gestärkte Beziehungen zu China, Indien und zu anderen asiatischen Nationen gekennzeichnet, was die Schaffung einer multipolaren Weltordnung erleichtert.

Die Bedeutung von BRICS

BRICS, ein Akronym für einen Wirtschaftsblock bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, repräsentiert eine kollektive Anstrengung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den politischen Dialog zwischen aufstrebenden Volkswirtschaften vor allem im Globalen Süden zu fördern, wobei auch europäische Staaten nicht ausgeschlossen sind, wie z. B. Ungarn, Serbien und die Türkei, die ebenfalls Interesse angemeldet haben. Für Russland ist BRICS eine Plattform zur Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen und sicherheitsrelevanten Fragen und bietet eine Alternative zu westlich dominierten Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der BRICS betrifft, so arbeitet Russland zusammen mit den anderen Gründungsmitgliedern an verschiedenen wirtschaftlichen Initiativen, einschließlich der Neuen Entwicklungsbank (NDB), die Infrastrukturprojekte in den Mitgliedstaaten finanziert. Diese Zusammenarbeit reduziert die Abhängigkeit von westlichen Finanzsystemen und fördert das gegenseitige wirtschaftliche Wachstum.

BRICS bietet zugleich ein Forum für politischen Dialog, in dem Mitgliedstaaten globale Themen diskutieren und koordinieren. Diese kollektive Haltung stärkt Russlands Einfluss auf die Gestaltung internationaler Normen und Richtlinien. Zugleich stellt BRICS die Unipolarität der globalen Führung durch die US-diktierte "regelbasierte internationale Ordnung" infrage, indem es z. B. gemeinsam mit China für eine ausgewogenere und inklusivere internationale Ordnung eintritt. Russlands Beteiligung unterstreicht sein Engagement für eine multipolare Welt und stellt damit für

den Globalen Süden einen Gegenpol zur westlichen Hegemonie dar.

Die Rolle der Shanghai Cooperation Organization (SCO)

Die SCO, die 2001 von China, Russland und mehreren zentralasiatischen Ländern gegründet wurde, konzentriert sich auf politische, wirtschaftliche und sicherheitsbezogene Zusammenarbeit. Die Erweiterung der Organisation um Indien und Pakistan hat ihre Rolle in der regionalen Stabilität und Zusammenarbeit weiter gefestigt.

Die SCO betont die regionale Sicherheit durch gemeinsame Militärübungen und den Austausch von Geheimdienstinformationen. Für Russland ist diese Zusammenarbeit entscheidend im Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus in Zentralasien. Auch im wirtschaftlichen Bereich ist die SCO aktiv. Sie fördert die wirtschaftliche Integration unter den Mitgliedstaaten, indem sie Handel, Investitionen und Verkehrsverbindungsprojekte zwischen den Mitgliedern vorantreibt. Russland profitiert von dieser Integration durch die Verbesserung seiner Handelsrouten und wirtschaftlichen Beziehungen zu Asien.

Zugleich dient die SCO auch als diplomatische Plattform, auf der Russland mit anderen großen asiatischen Mächten, insbesondere China und Indien, in Kontakt treten kann. Dieses Engagement ist für Russlands breitere Strategie zur Balance des westlichen Einflusses von entscheidender Bedeutung.

Russland-China-Partnerschaft

Der Eckpfeiler von Russlands Neuausrichtung nach Asien ist die strategische Partnerschaft mit China. Diese Beziehung, die durch gemeinsame Interessen und geopolitische Ziele gekennzeichnet ist, spielt sowohl in der BRICS als auch in der SCO eine entscheidende Rolle. Sie ist praktisch der Kitt, der das Gebilde BRICS und SCO zusammenhält und mit jeder weiteren Vertiefung der russisch-chinesischen Beziehungen für weitere Anwärter auf Mitgliedschaft noch attraktiver macht.

Die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Russland und China umfasst umfangreiche Handelsabkommen, Energiekooperation und gemeinsame Infrastrukturprojekte. Die Gaspipeline "Power of Siberia" und andere Energieprojekte unterstreichen die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Nationen.

Zwischen Russland und China herrscht ein hoher Grad an politischer Übereinstimmung, wenn das auch nicht für alle Themen gilt, z. B. in den Beziehungen zu Vietnam. Bei Kernproblemen herrscht jedoch Übereinstimmung, was insbesondere für die Einschätzung der Aggressivität der USA und ihrer Vasallen gilt. Sie teilen auch ihre Ablehnung der "regelbasierten internationalen Ordnung", die der Westen seit Jahrzehnten den meisten Ländern der Welt mit wirtschaftlichen und finanziellen Erpressungen und Sanktionen oder mit militärischen Drohungen und Krieg aufgezwungen hat. Russland und China verfolgen das gemeinsame Ziel, diese unipolare Ausbeuterwelt des Westens in eine multipolare Welt umzugestalten, wobei sie westlichen Interventionismus, egal welcher Art, strikt ablehnen. Diese Übereinstimmung stellt das Rückgrat der Zusammenarbeit in BRICS und der SCO dar.

Die militärische Zusammenarbeit umfasst ein breites Spektrum von Verteidigungsprogrammen. Diese beinhalten natürlich die Kooperation und Anpassung auf Gebieten wie in Strategie und Taktik (aktuell stehen dort die Lehren aus dem US-Stellvertreterkrieg in der Ukraine auf dem Plan), aber auch in anderen Bereichen hat Russland viel zu bieten, wie z. B. ihre weltweit führenden integrierten Luftabwehrsysteme samt Taktik ihrer Anwendung. Im Bereich der elektronischen Abwehr und Kriegsführung liegen die Russen ebenfalls einsam an der Weltspitze. In

Zusammenarbeit mit der gigantisch großen elektronischen Industrie Chinas und unter Nutzung deren Spitzentechnologien könnten die revolutionären militärtechnologischen Produkte der Russen gemeinsam mit China weiterentwickelt werden und die im Entstehen begriffene friedlichere und gerechtere Welt für die imperialistischen Raubtiere im Westen auf Generationen unangreifbar machen.

Bei inzwischen regelmäßigen gemeinsamen Militärübungen verbessern Russland und China ihre strategischen Fähigkeiten und schrecken externe Bedrohungen ab, insbesondere aus dem Westen. Dabei kommt auf beiden Seiten militärische Spitzentechnologie zum Einsatz. Eine gemeinsame Übung für den Ernstfall kann aber nur funktionieren, wenn z. B. die neuen militärischen Fähigkeiten eines russischen Abfangjägers mit Spitzentechnologie dem Kommandostand auf dem chinesischen Flaggschiff bekannt und in den dortigen Computer eingespeist sind. Umgekehrt muss auch das russische regionale Oberkommando, das seinerseits die Operation mit den Chinesen koordiniert, die streng geheimen Fähigkeiten des chinesischen Kriegsschiffes kennen, um keine falsche Entscheidung zu treffen. Dies ist ein simplifiziertes Beispiel, und die Wirklichkeit ist viel komplexer. Aber die Tatsache, dass solche Manöver stattfinden, zeigt, auf welchem hohem Niveau das gegenseitige Vertrauen zwischen dem chinesischen und russischen Militär angekommen ist.

Auswirkungen auf die Eurasische Geopolitik

Die Integration Russlands in BRICS und die SCO verändert die eurasische Geopolitik auf verschiedene Weise.

Erstens: Diese Organisationen fördern eine stärkere Integration innerhalb Eurasiens, indem sie die Konnektivität und wirtschaftliche Interdependenz unter den Mitgliedstaaten verbessern. Russland spielt eine zentrale Rolle bei dieser Integration und nutzt seine geografische und strategische Position.

Zweitens: Die Sicherheitskooperation innerhalb der SCO bietet ein Gegengewicht zum Einfluss der NATO in der Region. Russlands Führungsrolle in der SCO stärkt seine Position als wichtiger Sicherheitsakteur in Eurasien.

Drittens: Durch die SCO erhält Russland erheblichen Einfluss in Zentralasien, einer Region, die für seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Einfluss ist wichtig für die Abwehr potenzieller Bedrohungen und die Förderung regionaler Stabilität.

Viertens: Im Gegensatz zum absteigenden Europa repräsentiert BRICS eine Koalition großer aufstrebender Volkswirtschaften, die sich für die Interessen des globalen Südens einsetzen. Russlands Beteiligung unterstreicht sein Engagement für die Solidarität des globalen Südens und stellt die Dominanz der westlichen Mächte infrage.

Russlands strategische Neuausrichtung nach Asien und seine aktive Teilnahme an der BRICS und der SCO stellen eine bedeutende Entwicklung im Widerstand gegen den westlichen Einfluss dar. Diese Allianzen fördern in den wichtigsten Wachstumsregionen der Welt die wirtschaftliche und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowie den politischen Dialog und tragen zur Bildung einer multipolaren Welt bei. Europa, unter Führung der EU in Brüssel, die ihre Befehle aus Washington bekommt, hat sich aus diesen florierenden Märkten der Zukunft selbst ausgeschlossen, während Russland seine Beziehungen zu asiatischen Nationen stärkt und sich in diese Organisationen integriert. Damit erhöht es seinen geopolitischen Einfluss und trägt zu einer ausgewogeneren und inklusiveren globalen Ordnung bei. Die Auswirkungen auf die eurasische Geopolitik sind tiefgreifend und verändern die regionalen Dynamiken und stellen die Unipolarität der westlichen Hegemonie infrage und Europa in die Ecke.

* * *

Wie ist der Wunsch vieler Ukrainer nach "Verhandlungen mit Russland" zu verstehen?

<https://dert.site/international/212785-wie-ist-wunsch-ukrainer-nach-verhandlungen-mit-russland-zu-verstehen/>

22.07.2024

Die Ergebnisse einer ukrainischen Umfrage zu möglichen Verhandlungen mit Russland fielen interessant aus. Eine relative Mehrheit der Befragten hält diese für notwendig. Dabei handelt es sich um ein politisches Signal an Kiew. Wie ist es zu verstehen?

Von Wassili Stojakin

Es scheint, dass es seit Langem unmöglich ist, sich auf die Daten der ukrainischen Soziologie zu berufen, weil es keine Möglichkeit gibt, den Grad ihrer Zuverlässigkeit zu bestimmen. Es gibt jedoch Fälle, in denen die Zuverlässigkeit der soziologischen Daten an sich nicht wichtig ist. Einer dieser Fälle ist die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse, die das Rasumkow-Zentrum im Auftrag der ukrainischen Zeitung *Serkalo Nedeli* für deren intellektuelle Leser durchführte.

Sowohl der Auftraggeber als auch der Durchführende zeichnen sich durch zwei Eigenschaften aus. Einerseits sind sie äußerst sensibel für die westliche Agenda, da sie mit westlichen Zuschüssen arbeiten. Andererseits werden sie nicht direkt vom Büro des Präsidenten der Ukraine kontrolliert.

Gerade wegen der westlichen Finanzierung ist es schwer, Druck auf sie auszuüben. Aus soziologischer Sicht ist die Genauigkeit der Zahlen daher nicht wichtig. Wichtig ist, dass das, was wir vor uns haben, tatsächlich ein direktes Signal westlicher Akteure an die "intellektuelle Öffentlichkeit" (einschließlich derer im Büro des ukrainischen Präsidenten) ist.

Die Forschungsdaten erwiesen sich als brisant. Deshalb kommentierten ukrainische Journalisten sie auf besondere Weise: "Das ist eine andere Form der Folter, der die ukrainische Gesellschaft ausgesetzt ist: über mögliche Optionen für den Frieden mit einem Feind nachzudenken, der dich loswerden will", so die Wochenzeitung *Serkalo Nedeli*. Mit anderen Worten: Verstehen Sie uns nicht falsch, wir begreifen, dass es sich hier um "srada" (zu Deutsch: Verrat) handelt, aber wir verbreiten es nicht um des Hypes willen, sondern nur auf Wunsch Washingtons, das uns beauftragt hat.

Was will Washington also von dem Kiewer Regime? Zuallererst eine Zusage, mit Russland zu verhandeln. Auf die Frage: "Glauben Sie, dass es an der Zeit ist, offizielle Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Russland aufzunehmen?", antworteten 44 Prozent der Befragten mit Ja, 35 Prozent mit Nein. Ein Fünftel hatte Zweifel bei der Beantwortung der Frage.

Wir erfahren also, dass ein großer Teil der Ukrainer bereit ist, mit Russland zu verhandeln. Aber zu welchen Zugeständnissen sind sie bereit? Kurz gesagt: zu keinen.

Soziologen haben ihre Version der Moskauer Positionen zu den Bedingungen des Friedensvertrags vorgelegt und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen:

- sind mit dem Abzug der ukrainischen Streitkräfte aus den Gebieten Donezk, Lugansk, Saporoschje und Cherson einverstanden – 6 Prozent;
- sind bereit, die neuen Regionen als Teil Russlands anzuerkennen – 4,5 Prozent;

- sind mit der Aufhebung der westlichen Sanktionen einverstanden (fragt sie überhaupt jemand?) – 9 Prozent;
- sind mit einem neutralen und atomfreien (!) Status der Ukraine einverstanden – 22 Prozent.

In einer anderen Formulierung antworteten 61 Prozent der Befragten ehrlich, dass sie zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind. Was sind die Ukrainer bereit, als "minimal notwendige Bedingung für den Abschluss eines Friedensabkommens mit Russland" zu betrachten?

- 51,5 Prozent – Rückzug der russischen Truppen in Übereinstimmung mit den Grenzen von 1991;
- 26 Prozent – Rückzug der russischen Truppen bis zur Demarkationslinie von Anfang 2022;
- 9 Prozent – Festlegung der Truppen entlang der Frontlinie.

Es war nicht in den Antwortmöglichkeiten, aber wir haben oben angegeben – sechs Prozent halten den Rückzug der ukrainischen Streitkräfte über die Grenzen der russischen Regionen hinaus für akzeptabel. Es stellt sich die berechtigte Frage, ob die Ukrainer nicht zu viel wollen? Die Umfrage hat eine Antwort: Nein, nicht zu viel. Schon allein deshalb, weil 49 Prozent der Befragten glauben, dass es im Lande zu Massenprotesten kommen wird, wenn man auf die "besetzten Gebiete" verzichtet.

In der Tat hat es in der jüngeren Geschichte der Ukraine bereits einen solchen Moment gegeben – am 31. August 2015 warf ein Nazi, der gegen die Minsker Vereinbarungen protestierte, eine Granate auf Soldaten, die die Werchowna Rada bewachten. Aber es gibt allen Grund zur Annahme, dass Petro Poroschenko damals keine Angst vor den Protesten hatte, sondern neue Anweisungen aus Washington erhielt.

Natürlich wird es auch heute keine Massenproteste in der Ukraine geben, die nicht von Washington sanktioniert werden, und wenn es diese geben sollte, hindert nichts daran, sie aufzulösen – mit dem Einsatz von Abrams und F-16. Die Demonstranten werden diese nicht verbrennen – es ist exklusive westliche Militärhilfe. Dennoch wird es einige innenpolitische Spannungen geben. Aber die wird es auf jeden Fall geben – sie sind bereits da.

Aber darüber hinaus glauben 66 Prozent der Befragten, dass ein militärischer Sieg im Krieg mit Russland möglich ist. In Russland ist es üblich, in diesem Fall denjenigen einen Vogel zu zeigen, aber man muss sich über die ukrainische Agenda im Klaren sein. Aus der ukrainischen Propaganda geht hervor, dass das Ziel Russlands darin angeblich besteht, die gesamte Ukraine zu erobern, alle Ukrainer zu töten und in Europa einzumarschieren. Uns ist klar, dass Russland solche Ziele nicht verfolgt, aber den Ukrainern ist das nicht klar. Deshalb wird die ukrainische Propaganda jedes Ergebnis der SWO (Russische Abkürzung für militärische Sonderoperation), wonach die Ukrainer nicht nach Magadan geschickt werden, unweigerlich zum "peremoga" (zu Deutsch: Sieg) erklären.

Unabhängig davon, ob diese Studie tatsächlich durchgeführt wurde oder nicht, sind ihre Ergebnisse eine Botschaft, ein Signal des Westens an die ukrainische Führung und intellektuelle Elite. Der Kern dieses Signals ist, dass die Ukraine mit Russland verhandeln sollte.

Zugleich sollte die Ukraine keine übermäßigen Zugeständnisse machen, um nicht den Eindruck eines russischen Sieges zu erwecken und das Risiko einer übermäßigen Destabilisierung der Lage im Lande zu vermeiden.

Wladimir Selenskij akzeptierte dieses Signal. Am 15. Juli erklärte er, dass "russische Vertreter am zweiten Gipfel teilnehmen sollten" (gemeint ist ein Gipfel zur ukrainischen Friedensformel), und er ist entschlossen, dass "wir im November einen vollständig ausgearbeiteten [Friedens-]Plan haben

werden".

Natürlich hat der ukrainische Diktator nicht auf die Daten der Soziologen reagiert, sondern auf direktere Anweisungen aus Washington. Der Artikel enthält lediglich eine Begründung dafür, warum die Ukraine verhandeln wird (das Volk fordert es). In Washington begrüßte man Selenskijs Verständnis – der Leiter des Pressedienstes des Außenministeriums, Matthew Miller, sagte: "Wenn sie Russland zu dem Gipfel einladen wollen, werden wir das natürlich unterstützen."

Für die Aufnahme von Verhandlungen sind jedoch noch einige weitere Bedingungen erforderlich: die Aufhebung des Verbots von Gesprächen mit Russland, die Anerkennung der Ergebnisse der Wahlen 2024 in Russland durch die Ukraine und das Vorhandensein einer legitimen Macht in der Ukraine (die derzeit durch die Werchowna Rada und ihren Vorsitzenden, nicht aber durch den Bürger Selenskijs vertreten wird). Wenn all dies erfüllt wird, ist es möglich, dass der Wunsch von 44 Prozent der ukrainischen Bürger nach Verhandlungen mit Russland in greifbare Nähe rückt. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass Moskau die vom Kiewer Regime organisierten "Friedensgipfel" nicht als Plattform für Verhandlungen mit der Ukraine ansieht. Zudem hält Moskau die Signale des Kiewer Regimes über die Bereitschaft zu Verhandlungen für "Augenwischerei".

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 17. Juli bei Wsgljad.

Wassili Stojakin ist ein russischer Journalist, Politikwissenschaftler, Soziologe, Publizist.

* * *

"RKI-Files": Whistleblower aus der BMG-Behörde sorgt für finale Veröffentlichung aller Dokumente

<https://dert.site/inland/213232-rki-files-whistleblower-aus-bmg/>

23.07.2024

Interessierte Bürger erhalten seit dem 23. Juli die Chance, die kompletten Corona-Protokolle des RKI aus den Jahren 2020 – 2023 ungeschwärzt studieren zu können. Eine RKI-Quelle stellte durch Eigeninitiative der Bloggerin Aya Velázquez die knapp 4.000 Seiten zur Verfügung. Diese veröffentlichte sie als freien Download.

Von Bernhard Loyen

Die medial als "RKI-Files" titulierten Corona-Protokolle des dem Bundesgesundheitsministerium unterstellten Robert Koch-Instituts (RKI) erlangten erste Aufmerksamkeit durch die Veröffentlichung diesbezüglicher freigelegter Unterlagen im März 2024, juristisch erzwungen durch das Online-Portal *Multipolar*. Es folgten weitere Gerichtsverhandlungen zum Thema finaler "Entschwärzungen" von Textpassagen. Die den gesamten Prozess journalistisch begleitende Bloggerin Aya Velázquez informierte am 23. Juli darüber, dass eine ungenannte RKI-Quelle ihr den gesamten Protokollsatz "aus Gewissensgründen" plus "Zusatzmaterial" persönlich zugespielt habe. Velázquez stellt die tausenden Seiten online zur individuellen Verfügung.

Am Tag der Veröffentlichung des Datensatzes erfolgte zudem eine Pressekonferenz, in Anwesenheit der Bloggerin, des Maßnahmenkritikers Professor Stefan Homburg und des freien Journalisten Bastian Barucker. Die drei Genannten erläuterten bisherige Erkenntnisse nach Studium der Unterlagen. Die Vortragenden betonten erneut, im Rahmen individueller Auswertungen und Einschätzungen, dass die Protokolle vordergründig die bewusste und manipulative "Täuschung der Öffentlichkeit" in der "Corona-Krise" nachdrücklich dokumentieren.

Velázquez erklärt in ihrem längeren X-Posting zur Veröffentlichung:

"Ein/e Whistleblower/in, ein/e ehemalige Mitarbeiter/in des Robert-Koch-Instituts, ist auf mich zugekommen und hat mir den Datensatz zugespielt. Einzelheiten zur Person unterliegen selbstverständlich dem Informantenschutz."

In der Pressekonferenz teilte die Bloggerin mit, dass ihre Quelle bereits vor einigen Monaten den Kontakt aufgenommen habe, aktuell jedoch nicht mehr beim Robert Koch-Institut angestellt sei. Mehrere Medien berichteten bereits zu dem Ereignis, um bis dato unbekannte Inhalte der Protokolle zu zitieren, oder wie die *Schwäbische Zeitung* titelt:

"RKI-Protokolle geleakt: Corona – Das wollte die Regierung den Deutschen verheimlichen"

Die *Berliner Zeitung* mutmaßt: "Das wird Lauterbach nicht gefallen: RKI-Files komplett entschwärzt veröffentlicht." Die Unterlagen beinhalten alle RKI-Protokolle, beginnend mit der ersten Sitzung am 16. Januar 2020 und endend mit dem letzten Protokoll vom 7. Juni 2023. Professor Homburg erklärte den Anwesenden auf der Pressekonferenz, dass die Veröffentlichung rund 1.500 Seiten neues, damit auszuwertendes Material beinhalte.

[Screenshot]

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach reagierte am späten Vormittag persönlich, um zu kommentieren:

[Screenshot]

Zu verbergen gibt es trotzdem nichts? Velázquez schreibt in ihrem X-Posting zur Veröffentlichung:

"Wir werden erfahren, dass sich das RKI leider trotz des Wissens um fehlenden Fremdschutz und schwerste Nebenwirkungen sowohl für die einrichtungsbezogene als auch für die allgemeine Impfpflicht aussprach."

So lautet der Inhalt auf Seite 570 in den Protokollen des Jahres 2020:

"EMA (Europäische Arzneimittelbehörde) und Pfizer überlegen, ob sie ggf. die Phase III Studien auslassen und direkt in eine breite Anwendung gehen, wenn das von den Regulatoren so entschieden wird, dann kann es schneller gehen als 12–18 Monate. Solch eine Entscheidung bedeutet für uns: gute Risikokommunikation und entsprechende Post Marketing Surveillance, damit man wesentliche Impfkomplicationen schnell erkennt."

Als Phase-III-Studien werden klinische Studien bezeichnet, bei denen ein Arzneimittel an einer größeren Patientengruppe erprobt wird, um potenzielle unbekannte (Neben)Wirkungen des Produkts zu evaluieren.

Im Protokoll vom 19. Mai 2021 heißt es wörtlich zum Thema der mittlerweile nachweislich überflüssigen "Corona-Impfung" bei Kindern und Jugendlichen (Seite 608, Protokolle des Jahres 2021):

"BM Spahn (Anm. des Autors: weiterhin ein rein gelernter Bankkaufmann) zu Verkürzung des Impfabstands: Fehlende Zweitimpfung vor Reisen ggf. auch negativ, dann besser kürzerer Abstand [...] Impfung von Kindern: Auch wenn (von) STIKO die Impfung für Kinder nicht empfohlen wird,

BM Spahn plant trotzdem ein Impfprogramm."

Das Protokoll vom 21. Mai (Seite 616) spricht dann davon, dass "Pädiatrische Fachverbände der Impfung von Kindern zurückhaltend gegenüber stehen." Vollkommen unbeeindruckt und betriebsblind hinsichtlich fachspezifischer mahnender Einschätzungen, heißt es wörtlich weiter:

"Politik bereitet bereits Impfkationen vor, damit die entsprechenden Jahrgänge zum Ferienende geimpft sind."

Am 14. Juli steigert sich die manipulative Absicht zuständiger Protagonisten zu dem Gesprächsziat (Seite 785, Protokolle des Jahres 2021):

"[...] einerseits Betonung, dass junge Leute unter den Maßnahmen leiden, andererseits werden ihnen auch Vorwürfe gemacht, wie könnte Kommunikation bzw. Vorgehen ohne Vorwurfshaltung laufen, falls Trend sich analog dem letzten Jahres fortsetzt? Ggf. Modellierung? Zielgruppenspezifische Kommunikation: Wer sollte insbesondere adressiert werden? Primär junge Menschen, diese verhalten sich anders."

Und weiter wörtlich:

"Es muss cool sein, sich impfen zu lassen."

Aus dem gleichen Protokoll heißt es dann auf Seite 789 – ja genau, der Trump-El-Hotzo:

"BMG hat 'Ärmel hoch' Kampagne, ob diese auf jüngere Gruppen fokussiert wird ist unbekannt [...]"

"Zielgruppe jüngere Menschen & Impfung: Z.B. Influencer-Vaccination Challenge auf YouTube . FG33 Natalie Grams hat erfolgreiche Videos mit BMG gemacht, eventuell ist hier eine Vernetzung möglich um Material für jüngere Zielgruppen zu entwickeln. Viele Aspekte des Themas könnten mit mehr Humor angegangen werden (z.B. Angst vor Impfnachwirkung thematisieren) Z.B. hat @elhotzo bei seiner Impfung seine Impfreaktion thematisiert."

Zu genannter Frau Grams findet sich ein F.A.Z.-Artikel aus dem Februar 2024. Dort heißt es einleitend (Bezahlschranke):

"'Das ist kein Psychokram' – Ausgebremst von Long COVID: Eine populäre Medizin-Influencerin erlebt die Hölle und die Höchststrafe von Ärzten: Missachtung."

Ein Beispiel zum Thema der dringenden Aufarbeitung einer gesellschaftlichen Mitschuld an den drei dunklen Jahren, der freiwilligen Nötigung und Drangsalierung von kritischen Mitbürgern durch gehorsame Eigeninitiativen von Erfüllungsgehilfen, findet sich gleich im nächsten Absatz von Protokollseite 789:

"Unternehmen wollen dazu beitragen, dass mehr Menschen sich impfen lassen, indem sie in ihren Geschäften Kunden zur Impfung motivieren. Sie wollen auf eigene Kosten eine Kampagne machen, aber richtig, deswegen Kontaktaufnahme mit RKI um passendes und korrektes Material zu erhalten."

Im Dezember 2021 titelte das Magazin *Stern* zuarbeitend:

"'Come Impf And Find Out': Über 150 Marken haben unter dem Hashtag #ZusammenGegenCorona eine große Impfkampagne in den sozialen Medien gestartet. Dafür haben die Firmen ihre bekannten

Slogans umgetextet."

Die nächsten Tage und Wochen werden weitere entlarvende Details ans Tageslicht spülen. Die weiterhin inakzeptable Narrenfreiheit und Unantastbarkeit von verantwortlichen Personen – nennen wir sie beim Namen: Täter, wie Medien-Darling Christian Drost oder Alles-Versteher Karl Lauterbach – lassen auf (zu) wenige juristische Konsequenzen mutmaßen. Zumindest sind mit der Veröffentlichung der tausenden Seiten von Beweislast benötigte Anklagepunkte unwiderruflich für mögliche Klagen gesichert. Ein wahrlich schwacher Trost für die Abertausenden von Opfern psychischer, wie physischer Manipulation in der "Corona-Krise".

Velázquez resümiert in ihrer ersten Stellungnahme zur Veröffentlichung, zu erwartbaren weiteren Reaktionen und erkenntnisreichen Analysen der Protokolle:

"Dieser Geist – unsere Verbundenheit als Bürger untereinander – ist uncancelbar. Die Mächtigen wissen das. Es ist das, wovor sie am meisten Angst haben. Die Achillesferse des aktuellen politischen Systems sind wir Menschen, denn jeder einzelne von uns hat Macht."

* * *

Sehen so Sieger aus? – Frankreichs "Linke" im postfaktischen Zeitalter

<https://dert.site/europa/213216-frankreichs-linke-im-postfaktischen-zeitalter/>

24.07.2024

Die Linke in Frankreich behauptet nach wie vor, dass sie die vorgezogenen Parlamentswahlen gewonnen hat. Doch eine genaue Analyse der ersten und zweiten Runde der Wahlen kommt zu einem völlig anderen Ergebnis.

Von Pierre Levy

Der Aufstieg des "Trumpismus" in den USA, aber auch in Europa, wird oft mit dem Beginn des Zeitalters der "Postwahrheit" in Verbindung gebracht. Dieser Begriff bezieht sich in der Regel auf die Massenproduktion von – manchmal riesigen – Lügen, die letztendlich ihre Urheber selbst überzeugen. Die erdachte "Realität" nimmt allmählich den Platz der realen Wirklichkeit ein – so zumindest das Bild, das Kritiker anprangern.

Wenn man diese Definition akzeptiert, dann sind die französische "Linke" und viele Kommentatoren auf dem besten Weg, den ehemaligen und vielleicht nächsten US-Präsidenten auf diesem Gebiet zu schlagen. Und zwar mittels der Wiederholung der Legende, dass die "Neue Volksfront" (NFP, Bündnis von vier linken Parteien) die Wahlen vom 30. Juni und 7. Juli gewonnen habe.

Eine solche Behauptung wird durch eine sachliche Analyse der Wahlergebnisse völlig widerlegt. Man muss daran erinnern, dass es der erste Wahlgang ist, der es ermöglicht, den jeweiligen Einfluss der verschiedenen politischen Parteien zu messen, da die Wähler zu diesem Zeitpunkt ihre Präferenz ausdrücken – oder sich der Stimme enthalten.

Am 30. Juni belief sich die Gesamtzahl der von der NFP nominierten Kandidaten auf 28 Prozent der Stimmen. Das ist neben 2017 und 2022 der niedrigste Wert für die Linke seit der Entstehung der Fünften Republik (1958) und sogar noch viel früher. Und das trotz einer wenige Tage vor den Wahlen besiegelten Union, die Hoffnung und politische Dynamik auslösen sollte.

Nach dem ersten Wahlgang begann dann eine Woche, die von einem einzigen Slogan geprägt war,

der von der extremen Linken (Nouveau parti anticapitaliste, NPA) über die Parteien, die Emmanuel Macron unterstützen, bis hin zur klassischen Rechten reichte: Alle vereinen sich, um dem Rassemblement National (RN) den Weg zu versperren. So wurden Macron-Wähler dazu aufgerufen, für NFP-Kandidaten zu stimmen, wenn diese die besten Chancen hatten, während linke Sympathisanten im umgekehrten Fall ermahnt wurden, in der Mitte oder auf der rechten Seite zu wählen. Es spielte keine Rolle, welche Programme und welche Gegensätze sie hatten, Hauptsache, man schlug die Kandidaten des RN.

Die Webseite *Le Fil d'actu* hat beispielsweise errechnet, dass die Wähler der Linken 86 zusätzliche Abgeordnete aus dem Lager des Präsidenten gewählt haben, die ohne ihre Stimmen nicht gewonnen hätten. Und außerdem haben die Wähler der Rechten und der Mitte (zumindest eine Mehrheit von ihnen) dazu beigetragen, dass zahlreiche NFP-Kandidaten gewählt wurden. Mit dem Ergebnis, dass die vier Komponenten der NFP (Sozialistische Partei, Kommunistische Partei, Grüne, La France insoumise) nach Sitzen die größte Koalition in der neuen Versammlung bilden, nämlich 193 Abgeordnete, die jedoch weit von der absoluten Mehrheit (289) entfernt sind.

Bedeutet dies, dass die Bürger der Linken zum Sieg verhelfen wollten und ihr Programm unterstützt haben? Man kann das natürlich bedauern, aber die Antwort ist eindeutig: Nein. Es bedeutet lediglich, dass die Absprache zwischen den beiden Wahlgängen von acht zu eins – die vier linken Parteien, die drei, die Emmanuel Macron unterstützen, und die klassische Rechte gegen das RN – verhindert hat, dass Le Pens Partei rund 100 ihrer Kandidaten wählen konnte.

Daher rührt die zweite, ebenso verbreitete wie falsche Legende, wonach die Freunde von Marine Le Pen als Verlierer aus den Wahlen hervorgegangen seien. Paradoxerweise haben die Führer des RN selbst diese These bestätigt, indem sie von einer "Niederlage" sprachen. Diese seltsame Reaktion erklärt sich durch die große Enttäuschung der Parteiführer: In verwirrender Naivität hatte sich ihr Chef Jordan Bardella nach den Ergebnissen der ersten Runde bereits als Premierminister gesehen.

Die Realität ist jedoch – ob sie einem nun gefällt oder nicht –, dass der RN mit 126 Abgeordneten die größte Fraktion in der Versammlung geworden ist (denn die linken Abgeordneten teilen sich in vier Fraktionen auf, und es ist irreführend, eine Parteienkoalition mit einer Partei allein zu vergleichen).

Vor allem aber ist der RN auf spektakuläre Weise zur stärksten Partei Frankreichs geworden: Am 30. Juni sammelte er 33,2 Prozent bzw. 10,6 Millionen Stimmen. Dies bedeutet einen Sprung von 14,5 Prozentpunkten (und mehr als eine Verdoppelung der Stimmenzahl) im Vergleich zur vorherigen Wahl im Juni 2022 (18,7 Prozent, 4,2 Millionen Stimmen). Letztere hatte selbst einen deutlichen Anstieg gegenüber Juni 2017 verzeichnet, als der RN "nur" 13,2 Prozent (drei Millionen Stimmen) auf sich vereinigen konnte. Es gibt einige politische Führer, die sich gerne mit einem solchen "Misserfolg" zufriedengeben hätten ...

Trotz dieses Ergebnisses haben sich die linken Abgeordneten dafür eingesetzt, dass ... null RN-Abgeordnete in das 22-köpfige Präsidium der Versammlung gewählt wurden. Eine "Blockade", die im Namen "moralischer Werte" angenommen wurde. Es ist nicht sicher, ob diese Auffassung von Demokratie von den Wählern des RN – und anderen – geschätzt wird. Zumal an diese damit implizit die Botschaft gesendet wird: Du bist aus dem Volk, das etwas zählt, ausgeschlossen. Unfreiwillig könnten die Befürworter der "RN-Sperre" so zu einem Volkszorn beitragen, der die Wahl von Madame Le Pen in den Élysée-Palast bei nächster Gelegenheit begünstigen könnte.

Was den Vorsitz der Kammer betrifft, so ging er an diejenige, die dieses Amt bereits in der vorherigen Legislaturperiode innehatte, Yaël Braun-Pivet, eine Sympathisantin des Élysée-Palasts. Dies wiederum erregte den Zorn der Linken, die immer noch von ihrem "Wahlsieg" überzeugt war.

Führende Vertreter der NFP prangerten "Manöver" und eine "Absprache" zwischen Abgeordneten der Macronisten und der klassischen Rechten an. Ein solches Bündnis sei in ihren Augen "unnatürlich".

Im Übrigen soll sich eine ideologische Kluft zwischen den Freunden des aktuellen Präsidenten und denen eines seiner Vorgänger, Nicolas Sarkozy, aufgetan haben. Inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden sucht man indes vergebens – wie es die Linke seit mehreren Jahren immer wieder betont!

Und wie geht es jetzt weiter? Wie seit dem Abend des zweiten Wahlgangs (und sogar des ersten) klar war, hat der Staatschef überhaupt nicht die Absicht, einen linken Premierminister zu ernennen (selbst wenn sich die Linke endlich auf einen Namen einigen würde). Zum einen, weil die Verfassung ihm keine Einschränkungen auferlegt, weder bei der Wahl selbst noch bei der Frist. Das einzige Risiko besteht darin, dass nach der Regierungsbildung ein Misstrauensantrag gestellt wird. Dies ist derzeit jedoch unrealistisch, da es dafür keine absolute Mehrheit gibt (zumah die NFP ausgeschlossen hat, egal unter welchen Umständen, gemeinsam mit dem RN zu stimmen).

Zum anderen und vor allem, weil es keinen Druck der Bevölkerung auf den Élysée-Palast gibt. Linke Aktivisten und "Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft" können noch so sehr auf ihren "Sieg" hinweisen, bei den Wählern ist kein Schwung zu erkennen. Denn hinter der Linken liegen vier Jahrzehnte gebrochener Versprechen, Verrat, Austerität, kriegerische und westliche Ausrichtung, kurz: Treue zu den Dogmen der EU.

Der Präsident wird also versuchen, eine – wahrscheinlich prekäre – Mehrheit zu bilden, die seine Anhänger, die Rechte, aber auch Sozialisten und Grüne vereint. Zumah man in Brüssel, wo gerade ein Überwachungsverfahren gegen Frankreich in Bezug auf seine öffentlichen Finanzen eingeleitet wurde, langsam ungeduldig werden könnte ...

* * *

Verbot der Blauen Moschee in Hamburg: Bauernopfer des geopolitischen Streits des Westens mit Iran

<https://dert.site/inland/213495-verbot-von-blauer-moschee-bauernopfer/>

25.07.2024

Auf das Compact-Verbot folgt jetzt das Verbot der Blauen Moschee in Hamburg. Alles spricht dafür, dass das IZH unter dem Deckmantel der Islamismus-Bekämpfung zur Durchführung der neuen außenpolitischen Linie in Berlin geschlossen wurde.

Von Armin Schmitt

Am frühen Mittwochmorgen durchsuchte die Polizei mit einem Großaufgebot die Blaue Moschee in Hamburg, nachdem der Betreiber, das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), zuvor durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) verboten worden war. Als Protest gegen die Durchsuchung hat das iranische Außenministerium anschließend den deutschen Botschafter in Teheran einbestellt.

Das IZH sei eine "extremistische Organisation des Islamismus", die "verfassungsfeindliche Ziele" verfolge, behauptete das BMI am Mittwochmorgen in einer Erklärung. Aus dem deutschen Außenministerium in Berlin hieß es nach der Einbestellung von Botschafter Hans-Udo Muzel, Deutschland habe die Beziehungen zum Iran in den vergangenen Jahren "in fast beispielloser Art heruntergefahren". Es gebe eine ganze Reihe von Themen, die die deutschen Beziehungen zum Iran

belasteten. Dazu zählen die "Menschenrechtslage" in dem Land, "Irans direkte Angriffe auf Israel" sowie seine "destabilisierende Regionalpolitik, sein Nuklearprogramm, die Unterstützung für den russischen Krieg gegen die Ukraine und bilaterale Themen wie zum Beispiel Haftfälle". In deutschen Medien hieß es auch seit gestern, dass das IZH "ein getarnter Außenposten des Regimes in Iran" sei.

Vor diesem Hintergrund spricht alles dafür, dass die Blaue Moschee unter dem Deckmantel der Islamismus-Bekämpfung durch Nancy Faeser geschlossen wurde. Die Anfang der 1960er-Jahre erbaute Blaue Moschee in Hamburg stand für die traditionell guten deutsch-iranischen Beziehung, bevor die geopolitischen Verschiebungen der vergangenen Jahre die Beziehungen zwischen Teheran und Berlin belasten.

Dabei drängt sich auch die Frage auf, warum das Verbot wieder nicht die sunnitisch geprägten Kalifats-Förderer von "Muslim Interaktiv" trifft, sondern ausgerechnet schiitische Kräfte mit proiranischen Tendenzen. Dass schiitische Kräfte verboten werden, während man die Kalifats-Wahhabiten gewähren lässt, hat sicherlich einen geopolitischen Hintergrund: Die Muslimen, die geopolitisch gegen die westliche Politik in Nahost schwimmen, werden hier in Europa kriminalisiert. Und dabei lässt man zugleich salafistische Kräfte im Rahmen des Vielfaltkonzepts machen.

Bei dem Verbot der Blauen Moschee handelt es sich somit nicht um die Bekämpfung von Islamismus, sondern um die weitere Entkopplung Deutschlands von Eurasien, die bereits durch den Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland in Gang gesetzt wurde. Das Heikle dabei ist, dass das Verbot der Blauen Moschee wenige Tage nach dem *Compact*-Verbot erfolgte. Mit dem Verbot des IZH wollte Berlin unter anderem von dem *Compact*-Verbot ablenken und damit Maßnahmen zur Beruhigung der Bürger ergreifen, um zugleich Disziplinierung unter dem Deckmantel der Extremismus-Bekämpfung weiterzuführen. *Compact* und IZH stehen in einem Zusammenhang, weil beide danach streben, die Beziehungen Deutschlands zum Osten weiterhin aufrechtzuerhalten.

* * *

Meinung

Compact-Verbot: Die Folgen können verheerend sein

<https://dert.site/meinung/212765-compact-verbot-folgen-koennen-verheerend/>

19.07.2024

Über das Verbot des "Compact"-Magazins wird auf zwei Ebenen diskutiert: Zum einen auf der juristischen und zum anderen auf der moralischen. Doch man muss ganz konkret über Nancy Faeser (SPD) sprechen. Sie ist die gefährlichste Frau Deutschlands.

Von Tom J. Wellbrock

Die exakten Worte Nancy Faesers auf X lauteten am 16. Juli 2024:

"Ich habe heute das rechtsextremistische 'Compact-Magazin' verboten. Es agitiert auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Muslime und gegen unsere Demokratie. Unser Verbot ist ein harter Schlag gegen die rechtsextremistische Szene."

"Ich" – das war das erste Wort des Tweets, und es sagt viel aus über Nancy Faeser. Völlig losgelöst von der Tatsache, dass ihre Begründung bis ins letzte Detail unsinnig und (theoretisch) unhaltbar ist, hat sie ein Verbot ausgesprochen, das verheerende Folgen haben kann. Ja, verheerend ist schon das Verbot isoliert betrachtet. Doch schlimmer kann sein, was danach kommt.

Denn es besteht die Gefahr, dass Faeser damit durchkommt. Schön und gut, dass sich Juristen und sogar eine Handvoll Journalisten kritisch gegenüber Faesers Entscheidung äußern. Doch trotz aller juristischen Details und der Differenzierung zwischen einem Verbot von Medien, Parteien und Vereinen kann die Kernbotschaft in diesem Fall nur lauten: Das Verbot ist zutiefst undemokratisch und somit auf ganzer Linie abzulehnen.

Zur Seite springt Faeser ein Autor vom *Spiegel*, der in einem Meinungsbeitrag lang und breit erklärt, warum das Verbot von Medien komplett unakzeptabel ist. Und das nur, um im zweiten Teil seines Textes sämtliche (guten) zuvor vorgetragenen Argumente in "die Tonne zu treten". Anton Rainer schreibt zunächst richtig:

"Wann immer der Rechtsstaat mit voller Härte gegen Journalisten und Journalistinnen ausreitet, ist Vorsicht angesagt. Deutschlands Presseorgane, egal wie unappetitlich sie in der Öffentlichkeit manchmal auch auftreten mögen, genießen schon aus historischen Gründen besonderen Schutz: Keine Zeitung, kein Magazin kann mal eben verboten, keine Redaktion einfach so von Polizisten auf den Kopf gestellt werden."

Rainer schmückt diesen Teil seines Kommentars noch weiter aus, um dann zum Schluss zu kommen, dass alles, was er schrieb, auf das *Compact*-Magazin nicht zutreffe. Er "analysiert" im Anschluss:

"Muss ein wehrhafter Rechtsstaat ein Magazin wie 'Compact' aushalten? Das Gegenteil ist richtig: Ein Magazin wie 'Compact' muss den Rechtsstaat aushalten."

Womit wir wieder bei Nancy Faeser sind. Denn genau so interpretiert sie ihre Rolle als Ministerin. Sie entscheidet, wer ein Existenzrecht hat, und wenn sie entscheidet, wer auch immer habe keines,

spricht sie ein Verbot aus. Das ist nicht nur einer Demokratie nicht würdig, es ist schlicht ein anderes politisches System, es ist autokratisch und diktatorisch.

Es zeichnet den Diktator aus, dass nur er allein entscheidet, was richtig oder falsch ist. Das diktatorische System hat weitere Unterstützer hinter sich, die beim Vollzug helfen, aber das letzte Wort trifft der Diktator selbst. Die Diktatorin heißt in diesem Fall Nancy Faeser, und es ist das offenkundige Scheitern der Demokratie, dass sie dieses Medienverbot überhaupt aussprechen konnte, denn offenbar gab es keine Instanz, die sie daran hindern konnte oder wollte.

Doch das sind nur 50 Prozent der schlechten Nachrichten.

Hat Compact eine Chance?

Es mag Zeiten gegeben haben, da konnte man voller Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht blicken, wenn schwerwiegende Ungerechtigkeiten oder Verfassungsbrüche praktiziert wurden. Doch diese Zeiten sind spätestens seit Corona vorbei. Wir haben in Teilen ein Gericht erlebt, das die politischen Entscheidungen, die zu erheblichen Einschränkungen der Grundrechte führten, mit lauwarmen Begründungen rechtfertigte und ihre Fortführung oder Steigerung erlaubte und beförderte.

Es ist also keinesfalls sicher, dass der eklatante Tritt ins Herz der Demokratie durch die diktatorische Innenministerin rückgängig gemacht wird, wenngleich in unfreiwilliger Komik ein Reporter der *Welt* die rechtliche Ausgangslage so beschrieb:

"Man versucht natürlich jetzt, von Seiten der Behörde Beweise zu finden, um dieses Verbot aufrechtzuerhalten."

Erst verbieten, dann nach Beweisen suchen, das ist "faeserische" Politik in Reinkultur. Sollte es am Ende auf eine richterliche Entscheidung zugunsten Faesers hinauslaufen, sind weiteren kriminellen Handlungen Tür und Tor geöffnet. Schon jetzt ist die *Junge Welt* ins Visier der undemokratischen Behörde Faesers geraten, die Zeitung soll – wie auch *Compact* – umstürzlerische Pläne haben und – anders als bei *Compact* – Haupteigentümerin "linksextremistischer Zusammenschlüsse" sein. Ein Verbot soll ermöglicht werden, indem einfach behauptet wird, die *Junge Welt* sei in Wahrheit nicht primär ein journalistisches Produkt. So soll ihr also der Status eines Mediums entzogen werden, um sie von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Doch wie auch immer man die Sachlage betrachten und bewerten will, Ausgangspunkt muss das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 sein, in dem es heißt:

"Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Der Schutz vor einer 'Vergiftung des geistigen Klimas' ist ebenso wenig ein Eingriffsgrund wie der Schutz der Bevölkerung vor einer Kränkung ihres Rechtsbewusstseins durch totalitäre Ideologien oder eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte."

Das moralische Gerede über vermeintlich edle Gründe für das Verbot von Medien, aus welcher Richtung sie auch kommen mögen, ist nichts weiter als die Verteidigung einer Entwicklung hin zur Autokratie. Und jeder, der sich daran beteiligt, ist ein Mittäter, mindestens aber ein Ahnungsloser.

Apropos "ahnungslos" – Wolfgang Kubicki (FDP), selbst immerhin Jurist, sieht das Vorgehen Nancy Faesers sehr kritisch. Für den Fall einer juristischen Niederlage Faesers sagte der FDP-

Mann:

"Sollte der Beschluss aufgehoben werden, ist ein Rücktritt der Innenministerin unvermeidlich."

Man darf, man muss die Hoffnung Kubickis teilen, dass das Verbot womöglich durch ein Gericht rückgängig gemacht wird. Wäre dem nicht so, wäre das, wie gesagt, ein weiterer Sargnagel für die letzten spärlichen Reste der Demokratie.

Ahnungslos ist der Mann dennoch. Denn wie kommt er darauf, dass irgendjemand der politischen Kaste im Jahr 2024 wegen was auch immer zurücktreten würde?

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebelln.

* * *

Verdrängter Messer-Terror: Schutzbedürftig sind mittlerweile die Deutschen

<https://dert.site/meinung/213004-menschen-schutz-brauchen-sind-mittlerweise/>

20.07.2024

In Deutschland bedürfen mittlerweile die Deutschen selbst zunehmend Schutz vor dem Messer-Terror. Die Ampelregierung versucht, diesen Terror wie die drei weisen Affen auszusitzen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Und die Medien, die darüber kritisch berichten, werden zum Schweigen gebracht.

Von Fjodor Petrow

Ein schockierendes Beispiel aus Uelzen zeigt die alarmierende Realität. Ein 18-jähriger Marokkaner, erst kürzlich aus dem Polizeigewahrsam entlassen, stößt einen 55-jährigen Mann eine Bahnhofstreppe hinunter. Das Opfer erleidet ein schweres Schädel-Hirn-Trauma und stirbt noch vor Ort. Diese Tat ist kein Einzelfall mehr, sondern ein weiteres Kapitel in der traurigen Chronik zunehmender Gewalt.

Der junge Marokkaner hatte am selben Tag bereits mehrere Straftaten begangen, darunter Taschendiebstahl und Körperverletzung. Dennoch wurde er nach nur wenigen Stunden aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Wenige Stunden später geschah die tödliche Attacke. Solche Fälle häufen sich und verdeutlichen, dass das deutsche Rechtssystem versagt, wenn Straftäter immer wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Es ist klar: Wer als Flüchtling aus Marokko kommt, dürfte gar nicht hier sein. Doch anstatt sich diesen Problemen zu stellen, beschäftigt sich die Innenministerin mit dem Verbot missliebiger Magazine, die ihre politische Komfortzone stören. Jedes Opfer ist eines zu viel, doch anstatt Maßnahmen zu ergreifen, schweigt die Regierung.

Offensichtlich überschreitet die Regierung erneut die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit. Deutschland bewegt sich erschreckend schnell in Richtung einer Diktatur, diesmal in Form einer international-sozialistischen Ordnung. Diese neue Herrschaft wird von woken, grün-linken Günstlingen des Systems getragen, unterstützt von Beamten, die von der 68er-Bewegung geprägt sind.

Gibt es Statistiken, die all diese Angriffe in Deutschland zusammenfassen?

In Schleswig-Holstein haben zwei Syrer einen Lehrer mit einem Messer schwer verletzt. Diese täglichen Messerattacken sind Terror gegen die einheimische Bevölkerung.

Und zum Dank dürfen die Deutschen diese Täter auch noch finanzieren.

Anstatt sich um die Sicherheit ihrer Bürger zu kümmern, scheint die Politik lieber ideologische Kämpfe auszutragen.

Leute wie El Hotzo aus dem linken Establishment erachten es als legitim, den politischen Gegner auch mit Gewalt auszuschalten. Nancy Faesers Verbot von *Compact* illustriert eindrücklich, dass für diese Regierung Meinungsfreiheit und Demokratie dort enden, wo sie sich bedroht fühlt. Diese Menschen sind keine Bewahrer der Demokratie, sondern Vorboten eines neuen Totalitarismus von links.

Die zunehmende Radikalisierung der Linken hat nach dem Verbot von *Compact* jegliche Grenzen überschritten. Die Ampelregierung versucht, den Messer-Terror auszuzitzen wie die drei weisen Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Und die Medien, die darüber kritisch berichten, werden mundtot gemacht.

Die Deutschen sterben aus

Zu allem Überfluss befindet sich die Geburtenrate der Deutschen auf einem historischen Tiefststand. Frauen in Deutschland bekommen im Schnitt nur noch 1,36 Kinder. Deutschland ist ein Land am Scheideweg.

Deutschland braucht eine Rückbesinnung auf seine Grundwerte und eine Politik, die die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger an erste Stelle setzt. Nur so kann das Land wieder auf einen stabilen und sicheren Kurs gebracht werden.

* * *

Anbandeln mit Russland – was führt Trump im Schilde?

<https://dert.site/meinung/212709-anbandeln-mit-russland-was-fuehrt/>

21.07.2024

Die Äußerungen Trumps über eine diplomatische Beilegung des Ukraine-Konflikts mögen für russische Ohren verheißungsvoll klingen, doch man sollte sich nicht täuschen: Dahinter stecken Kalkül und Pläne für eine neue Eskalation – diesmal gegen China. Russland hätte dadurch nichts zu gewinnen.

Von Wiktorija Nikiforowa

Die Flut an Nachrichten, wonach Donald Trump Friedensgespräche über die Ukraine mit Russland führen wolle, nimmt kein Ende. Man möchte meinen, dass für Moskau alles gut aussieht – sowohl der wundersame Fehlschuss, der dem Ex-Präsidenten den Wahlsieg praktisch sichert, als auch die Ernennung von J. D. Vance, der gegen die Ukraine und gegen Selenskij persönlich eingestellt ist, zum Vizepräsidentenkandidaten. Dazu kommt die Idee von Friedensverhandlungen. Doch ist all das nicht zu idyllisch?

Erstens sollte man verstehen, dass Donald Trump sich weder um die Ukraine noch um Russland einen Dreck schert. Es ist nicht so, dass ihm plötzlich Donezker und Belgoroder Kinder, die durch

US-Raketen sterben, leidtun. Stattdessen glauben gegenwärtig viele Republikaner schlicht, dass der Konflikt am osteuropäischen Kriegsschauplatz den USA nicht die gleichen Profite wie zuvor einbringt. Deswegen müsse man ihn auf Europa abwälzen und selbst zum Krieg gegen China übergehen.

Die seit Langem geplante Eskalation gegen die Volksrepublik musste ohnehin viel zu lange aufgeschoben werden, weil alle Ressourcen – ob finanziell, militärisch oder propagandistisch – an die Ukraine-Front gingen.

Trump wird in Europa eben deswegen so gefürchtet, weil man dort versteht: Er ist allen Ernstes in der Lage, die Alte Welt bis zu deren völligen Untergang in den ukrainischen Fleischwolf zu werfen. Europa fürchtet nicht, dass er die Ukraine fallen lässt, sondern dass er sie auf die Europäer abwälzen wird. Dazu könnte er Europa mit seinem Nuklearschirm erpressen, es bei Verhandlungen unter Druck setzen, zetern, mit der Faust auf den Tisch schlagen – er ist eben nicht der nuschelnde Biden oder Blinken.

Wie ein erfahrener Unterhändler wird Trump gerade mit dieser Trumpfkarte zu Verhandlungen mit Russland erscheinen: entweder schließt ihr Frieden mit Kiew oder ich überlasse den Konflikt den Europäern und werde ihnen gegen euch Waffen liefern. Mit Waffenlieferungen drohte Trump offen, und das sollte man ernst nehmen.

Zweitens benötigt Trump Verhandlungen mit Russland nicht wegen gut gemeinter Absichten, wie etwa für einen "weltweiten Frieden". Er ist kein Gorbatschow und verfolgt ein bestimmtes Ziel. Die Republikaner hatten ihren Wählern im Voraus versprochen, gegen China zu rüsten. Dazu könnten sie den militärisch-industriellen Komplex fördern, den "Rust Belt" neu industrialisieren, Importe mit Zöllen erwürgen, eigene Produzenten subventionieren und schließlich Chinas Märkte für sich selbst einnehmen. Die sich dabei abzeichnenden Profite sind riesig, doch das Risiko ist ebenfalls groß.

Es ist gänzlich unmöglich, in einen Konflikt mit Peking zu treten, wenn hinter seinem Rücken Moskau steht, das den chinesischen Genossen mit Ressourcen, logistisch und notfalls auch militärisch unter die Arme greifen kann. Das bedeutet, dass die Republikaner Moskau von Peking losreißen müssen. Für Trump ist es dringend notwendig, den Eskalationsgrad mit Russland zu reduzieren. Daher kommt all seine unerhörte Großzügigkeit – Versprechen, den Krieg "binnen 24 Stunden" zu beenden, die Kritik der Ukraine, Ausfälle gegen Selenskij.

Für russische Ohren mag diese Rhetorik zugegebenermaßen angenehm klingen, doch stellen wir uns die Frage: Woher kommt eine solche Liebe eines von der Idee der Wiederherstellung der Macht der USA besessenen US-Politikers zu Russland? Es scheint, dass Trump bei seinem Versuch, Moskaus Sympathien zu gewinnen, schlicht zu ungeschickter Schmeichelei greift. Um jeden Preis benötigt er, wenn nicht schon eine Unterstützung Russlands, so doch zumindest seine Neutralität, wenn die USA ihren großangelegten Angriff auf China starten werden.

Indessen tickt die Uhr weiter, und US-Strategen haben gar nicht so viel Zeit übrig. In wenigen Jahren wird sich nur noch ein Selbstmörder trauen, gegen China aufzutreten. Andererseits ist es der letzte Versuch, die US-amerikanische Industrie noch irgendwie wiederzubeleben und ihren "Rust Belt" vor dem Aussterben zu retten. Eine andere Chance werden die USA nicht erhalten: Europa haben sie bereits ausgeplündert, ihren "Hinterhof" in Lateinamerika erst recht. China ist der letzte fette Bissen des Weltmarkts, und wenn Washington ihn nicht erbeutet, steht den Vereinigten Staaten nur noch Stagnation und Zerfall bevor.

Im Übrigen muss es sich dabei nicht unbedingt um einen großen heißen Krieg gegen China

handeln. Nein, die Republikaner wollen an diesem Land das gleiche Schema ausprobieren wie die Demokraten an Russland: ein beschränkter militärischer Konflikt um Taiwan, "Sanktionen aus der Hölle", um die Volksrepublik um ihre Absatzmärkte und Ressourcenquellen zu bringen, Versuche, die Bevölkerung zu demoralisieren und zu verärgern, um sie zum Aufruhr zu bewegen und damit das Land so weit zu schwächen, dass es selbst unter die Oberherrschaft der USA übertritt, nur um diesem ganzen Schrecken ein Ende zu setzen.

Doch ohne Russland ist ein solches Abenteuer lebensgefährlich. Deswegen kommt Trump nicht umhin, sich als Wohltäter aufzuspielen – sowohl er selbst, als auch seine Partei müssen sich mit Moskau versöhnen, um ein weiteres neokoloniales Abenteuer anzutreten, das das Leben der rapide verarmenden US-Bevölkerung zumindest ein wenig verbessern könnte. Andernfalls wird sein Land schlicht in Stücke zerfallen – allein das Attentat auf Trump zeugt davon, dass die Vereinigten Staaten außer Rand und Band geraten.

Egal, wie gern wir denken möchten, dass der neue Präsident der USA zumindest ein wenig vernünftiger als der alte sein wird, ist es nicht so. Beide werden von den gleichen Rüstungskonzernen finanziert, die von Kriegen auf der ganzen Welt profitieren. Gerade die Interessen dieser Konzerne bedienen fleißig sämtliche US-amerikanische Politiker ungeachtet ihrer politischen Orientierung.

Deswegen werden alle Ideen von "Friedensverhandlungen" darauf hinauslaufen, dass Trump versuchen wird, gegen eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den USA einen Bruch zwischen Moskau und Peking zu erfeilschen. Ist es für Russland in langfristiger Perspektive vorteilhaft? Die Antwort ist offensichtlich.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 17. Juli bei RIA Nowosti.

* * *

Tod einer ukrainischen Nationalistin: Deutsche Medien warten, bis eine "russische Spur" gelegt wird

<https://dert.site/meinung/213165-tod-ukrainischen-nationalistin-deutsche-medien-warten-eine-russische-spur-gelegt-wird/>

22.07.2024

Die deutschen Medien haben sich mit der Berichterstattung zum Mord an Irina Farion viel Zeit gelassen. Vor allem denen, die behaupten, in der Ukraine gebe es keinen Nazismus oder er sei marginal, war Farion ein Dorn im Auge. Man hätte über ihr Wirken lieber geschwiegen.

Von Wladislaw Sankin

Normalerweise sind die deutschen Medien viel, viel schneller. Wenn ein prominenter Politiker im Ausland durch einen Kopfschuss auf offener Straße lebensgefährlich verletzt wird, ist es auf jeden Fall eine obligatorische Eilmeldung. Noch mehr gilt es für die Ukraine, einem für die Bundesregierung extrem wichtigen Land, einem Land, das, wie es heißt, unsere Freiheit gegen die Russen verteidigt. Noch sensationeller ist die Nachricht, wenn es sich bei dem Politiker um eine Frau handelt und erst recht, wenn sie nach nur wenigen Stunden stirbt. Das alles geschah am Freitag mit der ukrainischen Ex-Abgeordneten und Ultranationalistin Irina Farion im Lwow, dem ukrainischen Fenster nach Westen – RT DE berichtete.

Doch, die deutschen Medien schwiegen beharrlich zu dem Vorfall. Über den Grund dieses

Schweigens konnte man zunächst nur mutmaßen. Das ist verständlich, denn es war in der Tat einfach nur schwer, Farion politisch einzuordnen, ohne das nicht zu erwähnen, wofür Farion vor allem bekannt war – ihre Skandalträchtigkeit und ihre Hasspredigten gegen Russen und Russischsprachige. Sie rief bei jeder Gelegenheit dazu auf, die Russen aus der Ukraine zu vertreiben – andernfalls müssten sie "vernichtet werden" (Ukr. треба знищувати). Farion war ein lebender und aussagekräftigster Beweis für die Existenz des ukrainischen Nazismus.

Auch am nächsten Tag schwiegen die deutschen Medien, das Schweigen wurde immer peinlicher. Dann warfen die ukrainischen Behörden einen "Rettungsring" – die russische Spur bei dem Attentat wurde gelegt. Für sie gab und gibt es bislang keine Beweise, aber sie wird in der Ukraine neben anderen Mordtheorien offiziell in Erwägung gezogen. Auch Selenskij schließe einen russischen Auftragsmord nicht aus, mit dem vermeintlichen Motiv, wie es aus dem Innenministerium hieß: So verfolge der Kreml den Zweck, die ukrainische Gesellschaft zu spalten.

Damit war die selbst auferlegte Nachrichtensperre aufgehoben. Doch auch dann ließen die deutschen Medien sich Zeit. Erst nach und nach erschienen die ersten Meldungen, mal einen Tag später am Samstag (die meisten), mal zwei (*ZDF*), mal drei (*Die Welt*). "Russlandkritische Politikerin in der Ukraine ermordet ... Ermittler prüfen Spuren nach Russland", legt die *Tagesschau* den gewünschten Spin direkt in der ersten Zeile. "Ihre Partei vermutet, dass Russland hinter der Tat steckt", teasert *Der Spiegel* auch an oberster Stelle. Die *Frankfurter Rundschau* hat weniger Schnörkel und fragt direkt in der Schlagzeile: "Russischer Auftragsmord?". Die *Welt* besiegelt den Verdacht mit dem Verweis auf zweifellos die "glaubwürdigste" aller Quellen – auf Selenskij: "Mord an Politikerin – Selenskyj hält russische Beteiligung für möglich".

So kann man berichten, so hat die Nachricht endlich Struktur! Und lieber vom toxischen Thema schnell wieder lassen, denn es könnten sich dann auch wieder Ungereimtheiten einschleichen, wie etwa die Tatsache, dass Polizei und Rettungswagen erst nach 20 Minuten am Tatort ankamen. "Sie haben zu viele Präzisierungsfragen gestellt. Sie waren nicht operativ", beschwerten sich die Augenzeugen der ukrainischen Internet-Zeitung *Strana*. Auch war im Mehrfamilienhaus, in dem Farion gelebt hat, der Strom ausgeschaltet, während es in allen Nachbarhäusern Strom gab. Das führte dazu, dass Überwachungskameras die Tat vor dem Eingang zum Haus nicht filmen konnten.

Dies alles könnte natürlich ein Zufall sein. Aber die Tatsache, dass Farion mit ihrer Radikalität mittlerweile auch unter ukrainischen Militärs viele Feinde hatte, würde die Medien von der "interessantesten" aller Spuren bei der Suche nach dem Täter – nämlich der russischen – ablenken. Dann müsste man eventuell sogar Farion auch mal zitieren, um zu recherchieren, warum die Ex-Politikerin sogar in der Ukraine "umstritten" war.

Denn nichts entlarvt Farion als fanatische Hasspredigerin und ihr Land als rechtsfreien Raum besser als ihr ins Deutsche übersetzter O-Ton. In jedem anderen Land, das sich als Rechtsstaat begreift und um gesellschaftlichen Frieden sorgt, wäre Farion längst als Extremistin verurteilt worden. Doch sowohl die ukrainische Justiz als auch die vermeintlich so wache ukrainische "Zivilgesellschaft" schwiegen, als Farion im Jahre 2010 in einem Lwower Kindergarten erschien und gegen Kinder mit russischen Vornamen aufs Übelste hetzte.

Damals war Farion Abgeordnete des Lwower Stadtrates von der rechtsradikalen Swoboda-Partei. Kinder mit den Vornamen Petja und Mascha sollten "die Koffer packen" und nach "Moskowija" gehen, wenn sie nicht die "ukrainischen Namen" Petryk und Maritschka hätten, schüchtern sie die Kleinsten ein. Ein weiteres Mädchen, Lisa, hat die Politikerin beleidigt, indem sie sagte, ihr Vorname stamme vom Verb "lecken". Mit einer russischen Form machten die Kinder ihre Vornamen den Wölfen und Bären gleich (не "оволчівайте" і не "омедвежівайте").

Dieser Auftritt vor Kindern vor 14 Jahren war der Auftakt einer massiven Hetzkampagne zur Entmenschlichung der Russen und zahlreicher Aufrufe zu deren Vernichtung als Okkupanten. Um als Okkupant gebrandmarkt zu werden, genügte es, die russische Sprache im Alltag zu benutzen. Das Odessa-Pogrom von 2. Mai 2014 nannte die Nazi-Fanatikerin "Triumph des ukrainischen Geistes". Und Farion gab sich natürlich Mühe, ihren Hass in der Familie zu vererben. In Januar 2023 erzählte die Hochschuldozentin von ihrem Enkel, der seinen Kameraden im Kindergarten Ukrainisch mit der Faust beibringen müsse. Denn das Kind komme genervt nach Hause und sage: "Oma, im Kindergarten gibt es ein Moskal" – zuvor habe ein "Grischa" zu ihm als Begrüßung "Priwjet" (statt Priwit) gesagt. Das passe nicht zusammen, meint Farion, wenn die Omi sagt, Moskali müssten vernichtet werden. Dmytryk mache es aber wieder passend – er "vernichte" nun den Moskal mit eigener Hand.

Nein, diese Details über das Wirken der ermordeten Politikerin, die sich sogar mit den russischsprachigen Soldaten der ukrainischen Armee wegen ihrer Muttersprache anlegte, würden das Bild der Ukraine in den Augen der deutschen Medienkonsumenten trüben und bleiben so gut wie gespart. Genauso wie die Tatsache, dass zur Beerdigung von Farion in Lwow mehrere Tausend Menschen erschienen und beim Trauerzug durch die Straßen von Lwow zusammen mit ihrer Tochter "Tod den Feinden", "Moskali (Russen), weg aus Lwow" und manche sogar "Tod den Moskali" gerufen haben.

Farion war keine marginale Erscheinung, wie manche in der Ukraine zu behaupten pflegen, sie hat alle Tabus beim Sagbaren medienwirksam gebrochen und damit das Meinungsklima im Land entscheidend geprägt – mit Wohlwollen der Regierung. Am Tag ihres Todes moderierte sie eine weitere Folge ihrer Fernsehsendung "Ukrainisches Gen", wo sie wie gewohnt Nazi-Kollaborateure wie den UPA-Kommandanten und Hauptmann einer Wehrmacht-Spezialeinheit Roman Schuchewitsch verherrlichte. Eine schwarz-rote UPA-Fahne durfte bei der Trauer-Kundgebung entsprechend nicht fehlen. Eine weibliche Form eines ukrainischen Mini-Goebbels war Farion zweifelslos.

Aber irgendwie fehlt in der Geschichte über Irina Farion ein Schlusswort, der letzte Akkord sozusagen. Hier, bitte schön, auch das ist gemeistert – mit Schuldumkehr durch ein angeblich höhnisches Zitat der russischen "Propaganda-Vertreterin". Als Fazit meldet die *dpa* und mit ihr die ganze deutsche Presselandschaft: "Die russische staatliche Propaganda nahm die Nachricht vom Tod der Politikerin mit Genugtuung auf. "Iryna Farion, die von der 'vollständigen Beseitigung' der russischsprachigen Bevölkerung träumte, ist beseitigt worden. Gott regelt die Sache dort auch ohne uns", schrieb die Chefredakteurin des russischen Staatsfernsehsenders *RT*, Margarita Simonjan", so die *dpa*.

Nicht die ermordete Politikerin hatte ein Schandmaul, sondern die Russen, die sie nach ihrem Tod mit ihren Kommentaren entwürdigten, lautet die durchschaubare Botschaft. Ja, Farion war vielleicht doch ein Schurke, aber schließlich unser Schurke, sie hatte mit uns einen gemeinsamen Feind. Also solltet ihr Russen auch jetzt lieber schweigen, sonst seid ihr schuld – wie eigentlich immer.

* * *

Zuckungen eines Ertrinkenden: Zur China-Reise des ukrainischen Außenministers

<https://dert.site/meinung/213337-zuckungen-eines-ertrinkenden-zur-china-reise-des-ukrainischen-aussenministers/>

23.07.2024

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba ist nach China gereist – ein ungewöhnlicher Besuch, hat das offizielle Kiew doch mehr als einmal arrogant auf Initiativen Pekings reagiert und das Land wie seine Führer beleidigt. Was will das Kiewer Regime jetzt noch erreichen?

Von Oleg Jassinski

Die Reise des Außenministers der Ukraine Dmitri Kuleba nach China ist nichts anderes als das krampfhaft Umsichschlagen eines Ertrinkenden. Für die Ukraine hält der blutige Fluss kein anderes rettendes Ufer bereit.

Lange vor dem Krieg steigerten sich die Verlautbarungen der ukrainischen Politiker und Beamten zu einem Wettstreit der Arroganz und Verantwortungslosigkeit. Sie wähten sich im Schutz der USA und der EU in völliger Sicherheit und meinten, Staaten und Staatsmänner, die nicht auf ihrer Linie lagen, anbellern zu können. Nicht nur China und Russland. Sie fühlten sich stark, so wie kleine Hunde sich stark fühlen, wenn ihr Herrchen oder Frauchen in der Nähe ist.

Doch nun hat der große weiße Herr in Übersee andere dringende Angelegenheiten und Prioritäten, die sich die ganze Zeit über angesammelt hatten.

Im gegenwärtigen Weltkonflikt haben ausnahmslos alle Fehler und Fehleinschätzungen gemacht, aber der qualitative Unterschied des ukrainischen Regimes besteht darin, dass es nie ein unabhängiger Akteur war und sich von einem gegen Russland einsetzbaren praktischen Werkzeug in Schrott zu verwandeln beginnt, aus dem bereits alles Herausholbare herausgeholt wurde.

Der Schauspieler Goloborodko (*so hieß der von Wladimir Selenskij verkörperte Lehrer in der Sitcom "Diener des Volkes" – Anm. d. Red.*) hat nie begriffen, dass nicht die angereiste Inspektionskommission aus der EU, sondern das Gastland der Dumme ist.

Ein altes mexikanisches Sprichwort besagt, dass, wenn es in den USA zieht, Mexiko die Grippe bekommt. Es geht um koloniale Abhängigkeit. Die ukrainischen Post-Maidan-Regierungen haben in Rekordzeit und mit Stolz ein solches System geschaffen, dass die Regierung in Kiew eine bilaterale Lungenentzündung vierten Grades bekommt, wenn die USA eine laufende Nase haben.

Nachdem es den chinesischen Friedensplan (der zweifellos sehr umstritten ist, aber darum geht es an dieser Stelle nicht) mit Verachtung abgetan hat, versucht das Kiewer Regime heute, aufzuholen und aus Gewohnheit und ohne Fahrkarte in den letzten Waggon des Zuges zu springen, um den Text aus dem Chinesischen ins ältere Ukrainisch zu übersetzen und die Ideen anderer für seinen eigenen Friedensplan auszugeben.

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass man eine verängstigte Ratte nicht in die Enge treiben darf, um die Tragödie so schnell wie möglich zu beenden und Leben zu retten. Man muss nur aufhören, sie zu füttern, und ihr einen sauberen Spiegel vorsetzen, damit sie sich auf sich selbst stürzt und an ihrem eigenen Spiegelbild erstickt.

Oleg Jassinski (*englische Transliteration: Yasinsky*), ein aus der Ukraine stammender Journalist,

lebt überwiegend in Chile und schreibt für RT Español sowie unabhängige lateinamerikanische Medien wie Pressenza.com und Desinformememos.org. Man kann ihm auch auf seinem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Neue Achse Berlin-Tokio: Banzai und Horrido!

<https://dert.site/meinung/213163-neue-achse-berlin-tokio-banzai/>

24.07.2024

"Ob nah oder fern, die Bundeswehr tut es gern." Die aktive Teilnahme an der Sicherung der "internationalen Ordnung" gilt fortdauernd als das Steckenpferd des Verteidigungsministers Boris Pistorius. Autor Uli Gellermann erinnert mahndend daran, dass es eine militärische Achse Berlin-Tokio schon einmal gab.

Von Uli Gellermann

Das letzte Mal, dass es eine Achse Berlin-Tokio gab, ist es ziemlich schlecht für die Deutschen ausgegangen. Millionen Tote und ein kaputtes Reich waren die Folge. Das ist Individuen wie Scholz, Pistorius oder Baerbock anscheinend egal.

Munter kommandiert man vom 22. bis zum 25. Juli ein gemeinsames Manöver der deutschen Luftwaffe und der Japan Air Self-Defense Force im japanischen Luftraum. Der japanische und deutsche Faschismus hat die Achse nicht überlebt. Die "demokratischen" Nachfolger der beiden Reiche wollen diesmal nur "die Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung im Ernstfall durchsetzen", erfährt man von der Bundeswehr. Wörtlich heißt es auf der Webseite der Truppe:

"Mit dem Aufstieg Asiens verschieben sich die politischen und ökonomischen Gewichte zunehmend in den indopazifischen Raum. Die Region wird zum Schlüssel für die Ausgestaltung der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert.

Übergeordnetes Ziel der indopazifischen Leitlinien im Bereich der Sicherheitspolitik ist die Wahrung der regelbasierten internationalen Ordnung. Freie Seewege und Stabilität in der Region sind auch für Europas Sicherheit und seinen Wohlstand entscheidend. Insofern hängen die euroatlantische und die Sicherheit im indopazifischen Raum zusammen."

Man achte auf die Sprachregelung: Es reicht diesmal nicht, von der "Verteidigung" zu säuseln, diesmal will man gleich die "internationale Ordnung" des Westens durchsetzen.

Taurus gegen Russland

Am Himmel Japans wird bald das kernige "Banzai!" bei den Sturmangriffen der japanischen Piloten im Wechselgeschrei mit dem heiseren "Horrido!" der deutschen Flieger erklingen. Die Luftwaffe wird von General Ingo Gerhartz kommandiert. Dieses besondere Früchtchen des neuen deutschen Militarismus war schon dabei, als sich deutsche Generäle munter über den ebenso widerrechtlichen wie gefährlichen Einsatz des Marschflugkörpers "Taurus" gegen Russland unterhielten, und von ihm stammt auch die haarsträubende Meinung, dass die NATO-Staaten im Ernstfall als Reaktion auf einen nuklearen Angriff auch Atomwaffen einzusetzen hätten.

Voraussetzung für einen Angriff auf China

Die Luft über Japan ist ein strategischer Raum, dessen Beherrschung eine Voraussetzung für einen

Angriff auf China ist. Und China ist in der Vorstellungswelt der US-Militärs der wichtigste Feind neben Russland. Natürlich unterstehen die Einheiten der Bundeswehr der NATO und ebenso natürlich hat der kommandierende General Ingo Gerhartz seine Ausbildung auf der Sheppard Air Force Base (Texas, USA) und von 1989 bis 1990 auf der George Air Force Base nahe Victorville in Kalifornien absolviert. Gerhartz verharrt in jener permanenten Habachtstellung gegenüber den USA, der bei Hunden der Befehl "Fass!" folgt.

Ziele in Russland

Zur gefährlichen Geisteshaltung der deutschen Generalität passt die jüngste Äußerung von Außenministerin Annalena Baerbock, die keine Kritik an der geplanten Stationierung weitreichender US-amerikanischer Raketen in Deutschland will. Es geht um jene Raketen, mit denen von deutschem Boden aus Ziele in Russland getroffen werden können. Die gewünschte "BGM-109 Tomahawk" erreicht nicht nur bequem Ziele in Russland, sie kann auch auf Wunsch mit atomaren Gefechtsköpfen ausgerüstet werden.

Deutschland nicht mehr auffindbar

Es ist ein gefährlicher Irrsinn, der bei den deutschen Eliten um sich greift: Man glaubt, dass man an der Seite der USA und Japans ungestraft die Volksrepublik China ins Visier nehmen darf.

Man hofft, dass man ohne schwere Folgen die russische Föderation militärisch bedrohen kann, und man denkt, dass es keiner merkt, dass Deutschland auf den Spuren des Dritten Reichs marschiert. Auch dass Deutschland nach dem nächsten Krieg nicht mehr auffindbar sein wird, kommt den Irren nicht in den Kopf.

Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern begründen seine Medienkritik. Er ist Betreiber der Internetseite www.rationalgalerie.de.

Der Beitrag wurde zuerst am 21. Juli 2024 auf www.rationalgalerie.de veröffentlicht.

* * *

Dressierter Journalismus: Wie der Bundeskanzler Fake News streut

<https://dert.site/meinung/213559-dressierter-journalismus-wie-bundeskanzler-fake/>

25.07.2024

In der BPK mit dem Bundeskanzler wurde deutlich, welche Auswirkungen Zensur auf Journalismus hat. Er kann faktisch alles behaupten, Widerspruch unterbleibt. Dem deutschen Mainstream wurden die Instrumente Zensur und Repression vorgeführt – er gibt sich handzahn und gut dressiert.

Von Gert Ewen Ungar

Die Bundespressekonferenz (BPK) mit Bundeskanzler Olaf Scholz lieferte einen Eindruck davon, welche Auswirkungen Zensur und Einschränkung der Pressefreiheit auf den Journalismus haben. Handzahme, gut domestizierte Journalisten stellten absehbare Fragen, die den Themenkreis, in dem sich der öffentliche Diskurs in Deutschland bewegen darf, nicht einen Millimeter überschritten.

Wer beispielsweise meint, die versammelte Hauptstadtjournalaille hätte den Schneid besessen, vom Kanzler Auskunft über den Stand der Ermittlungen zu Nord Stream zu fordern, sieht sich getäuscht. Den Mut hatten die wohl dressierten Pressevertreter natürlich nicht. Woher auch. Ihnen wird mit

jedem neuen Tag immer noch ein bisschen deutlicher vor Augen geführt, wohin kritischer Journalismus in Deutschland führen kann – zu Isolation und Ausgrenzung, zu Jobverlust, zu Verbot, zu Festnahme und Beschlagnahmung privaten Vermögens. In Deutschland herrschen längst autoritäre Zustände.

Jeder der anwesenden Journalisten hat daher tief verinnerlicht, in welchem Rahmen Fragen zulässig sind, welche Grenze nicht überschritten werden dürfen, wovon man im eigenen, vitalen Interesse besser die Finger lässt. Nord Stream ist so ein Thema. Die Themen Russland und Ukraine-Krieg sind sensibel. So darf der Kanzler unwidersprochen Desinformation und Fake verbreiten, ohne mit Widerspruch rechnen zu müssen. Zensur zähmt, Repression lähmt.

"Das, was uns heute und schon seit langer Zeit passiert, ist der Ausstieg Russlands aus den Rüstungskontrollregimen, die wir im Rahmen der Entspannungspolitik mühselig entwickelt und aufgebaut haben, bei der Willy Brandt und Helmut Schmidt für uns in Deutschland eine ganz zentrale Rolle gespielt haben",

behauptet der Kanzler die Fakten grob und wissentlich verzerrend. Die deutsche Journaille nimmt die Faktenverdreherei des Kanzlers einfach hin.

Tatsächlich haben die USA die wichtigsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge aufgekündigt. Es begann bereits unter Obama, wurde unter Trump fortgesetzt und schließlich von Biden vollendet. Die Sicherheitsarchitektur Europas ist Geschichte – der Hegemon wollte es so. Echter Journalismus würde zumindest an die Chronologie der Abläufe erinnern. In Deutschland gibt es echten Journalismus jedoch nur noch in homöopathischen Dosen. Scholz darf seine Desinformation ungeschoren verbreiten.

Aber natürlich nutzt nicht nur der Kanzler den Freiraum zur Lüge, der durch umfassende Zensur geschaffen wurde. Wirtschaftsminister Robert Habeck verbreitet regelmäßig, Putin habe Deutschland das Gas abgestellt. Fakt ist auch hier: Die Abläufe waren anders. Ebenso greift auch Baerbock gern und häufig zu frei erfundenen Geschichten, um ihre politischen Forderungen zu begründen. Das Gleiche machen auch andere Mitglieder der Ampel-Regierung und der CDU-Opposition. Sie können das tun, denn das journalistische Korrektiv wurde in Deutschland abgewürgt. Das Narrativ steht über allem, vor allem über der Wahrheit. Wer sich dem nicht fügt, wird zensiert, dem wird die Existenzgrundlage genommen, der wird ausgegrenzt. Also lieber fügen.

Jeder, der für Verhandlungen ist, will die Ukraine zur Kapitulation drängen, behauptet der Kanzler, der sich gern wieder mit dem Schlagwort "Frieden" auf Wahlkampftour begeben will. Seine Auslegung des Wortes "Frieden" impliziert jedoch die vollständige Vernichtung der Ukraine.

"Nein, ich würde mich gerne wieder damit plakatieren lassen, weil ich ja nicht der Polemik rechter und linker Populisten und einiger Scharfmacher folge, wonach man nur dann für Frieden ist, wenn man der Ukraine die bedingungslose Kapitulation empfiehlt."

Die weichgespülte Hauptstadtjournaille nimmt es hin. Dabei ist die Politik der Waffenlieferungen bei Ausschluss von Verhandlungen der Garant dafür, die Ukraine in eine bedingungslose Kapitulation zu zwingen. Das Land ist am Ende – wirtschaftlich, militärisch und politisch. Es wird künstlich am Leben erhalten, während die Kiewer Machthaber die eigenen Männer an der Front verheizen. Aktuell sterben dort nach offiziellen russischen Angaben täglich um die 2000 Mann. Das Durchschnittsalter ukrainischer Soldaten liegt inzwischen weit jenseits der 40. Eine greise Truppe versucht deutsche Sehnsüchte nach einer russischen Niederlage zu befriedigen – das muss schiefgehen. Gäbe es den journalistischen Willen, sich um die Einsicht in Zusammenhänge zu bemühen, würde Scholz mit diesen Fakten konfrontiert. Diesen Willen gibt es jedoch nicht.

Dass Deutschland weiterhin keinen Beitrag zum Frieden in Europa leistet, nehmen deutsche Medien nicht nur hin, mit einer Riesen-Portion Gratismut hetzen sie gegen Ungarns Ministerpräsidenten Orbán, der sich als einziger Politiker eines EU-Landes für eine diplomatische Lösung eingesetzt und zu diesem Zweck mit allen Parteien gesprochen hat. Aber genau in dem Maß, wie man gegenüber Orbán austeilte, so katzbuckelt man vor der Regierungsbank. Der deutsche Untertan hat seinen Platz in den Redaktionen des deutschen Mainstreams gefunden.

Vor diesem Hintergrund ist auch die pathetisch zur Schau getragene Sorge um die Pressefreiheit in Russland zu verstehen. Russland, die grausame Diktatur, unterdrückt die freie Berichterstattung und hat ein neues Gesetz erlassen, das sich gegen ausländische Einflussnahme richtet. Darauf angesprochen antwortet Scholz:

"Es macht gar keinen großen Sinn, viel über die verschiedenen diktatorischen Maßnahmen der russischen Regierung zu spekulieren. Das wird nicht die letzte sein, und es wird auch noch welche geben. Wir stehen immer für freie Medien und freie Presse ein und setzen uns dafür auch ein mit den Möglichkeiten, die wir außerhalb Deutschlands manchmal nur sehr begrenzt haben."

Absurdes Theater in reiner Form. Nein, an dieser Stelle ist keiner der Journalisten im Saal in Lachen ausgebrochen. Es gab selbstverständlich keinen Widerspruch, keinen Einwand angesichts der umfassenden Zensurmaßnahmen und Verbote in Deutschland. Die Meute kuscht vorm Kanzler. Die doppelten Standards deutscher Politik im Brustton der Überzeugung ihrer Richtigkeit durchdeklinieren zu können, ist zur Einstellungsvoraussetzung für Mainstream-Journalisten geworden.

Dabei agieren die aus Russland berichtenden deutschen Medien in Russland deutlich freier als in Deutschland. Sie dürfen in einem Ausmaß Fake und Desinformation über Russland und die russische Regierung verbreiten, für die sie – würden sie das in demselben Ausmaß über die deutsche Regierung tun – sofort Opfer von Zensur und Verbot werden würden. Wie im Falle Orbáns zeigen deutsche Journalisten gegenüber Russlands ganz viel Gratismut. Respekt und Achtung verdienen sie dafür allerdings nicht. Mit dem Verbreiten von Fake News über Russland bedienen sie das deutsche Narrativ. Sie führen ihre Konsumenten in die Irre. Man nennt den Vorgang "Propaganda".

Die BPK mit dem Kanzler lieferte ein anschauliches Beispiel dafür, wohin Zensur, Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie offene Repression führen. Man verschanzt sich in einer eigenen, von der Realität abgekoppelten Welt und tut so, als sei sie echt. Deutscher Journalismus ist ein weltabgewandte Bubble. Man bestätigt sich und seinen Lesern, dass alles in bester Ordnung ist. Mit der Welt der Tatsachen hat diese Form journalistischen Gesundheitsbetens jedoch rein gar nichts zu tun.

Das Abgleiten ins Irreale, in die Bubble wurde möglich, da in Deutschland jedes Korrektiv, echter Journalismus, echte Kritik unterdrückt wird. Durch Statuieren von Exempeln gegenüber unabhängigen, kritischen Journalisten wird der verbliebene Rest journalistisch kastriert. Er mauzt, wo er brüllen sollte. Er wedelt mit dem Schwanz, wo er zubeißen müsste. Die Bundespressekonferenz mit Scholz führte den bedenklichen Zustand des deutschen Journalismus gestern anschaulich vor.

Dauerhaften Bestand hat diese Form von Repression und Unterdrückung journalistischer Freiheit nicht, zeigt gerade auch die deutsche Geschichte. Deutschland geht erneut in die Irre. Es wiederholt wie im Zwang in der Vergangenheit gemachte Fehler. Mit tatsächlichem Respekt der politisch Verantwortlichen vor Pressefreiheit und kritischem Denken wäre Deutschland dieser erneute Irrweg

erspart geblieben. Für die Konsumenten deutscher Medienerzeugnisse wird das Erwachen in der Wirklichkeit absehbar ein schwerer Schlag.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Juli 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.